

Vorwärts

Er scheint täglich über Montag.
Preis pränumerando: Viertel-
jährlich 2,30 Mark, monatlich
1,10 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei
in's Haus. Einzelne Nummer
5 Pf. Sonntags-Nummer mit
Wochensonder-Beilage „Neue
Welt“ 10 Pf. Post-Kontonement:
2,30 Mark pro Quartal. Unter Kreuz-
band: Deutsch- und u. Oesterreich-
Rugern 2 Mark, für das übrige
Russland 2 Mark, pr. Monat. Eingetr.
in der Post-Regulierungs-Verordnung
für 1892 unter Nr. 5622.

Intensions-Gebühr beträgt für die
Kaufspaltenzeitung oder deren
Raum 40 Pf., für Vereins- und
Beratungsbüros 20 Pf.
Insoweit für die nächste Nummer
müssen bis 4 Uhr Nachmittags in
der Expedition abgegeben werden.
Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn-
und Festtagen bis 3 Uhr Vor-
mittags geöffnet.

Leitung: Sprach-Anstalt
Juli 1. Nr. 4186.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2. | Dienstag, den 4. Oktober 1892. | Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

Gegen den Beschluß des letzten Trades-Unionkongresses in Sachen der Achtstunden-Konferenz.

Wie bekannt, hat der Trades-Unionkongress zu Glasgow beschlossen, in baldem einen internationalen Gewerkschaftskongress nach London einzuberufen, auf welchem die internationale Einführung des Achtstunden-Tages berathen werden soll. Dieser Beschluß wurde seitens der alten Gewerkschaften durchgesetzt, um zu verhindern, daß die englischen Gewerkschaften sich auf dem nächstjährigen internationalen Kongress zu Brüssel vertreten lassen und dort Gelegenheit beläßen, das sozialistische Gift in sich aufzunehmen. Gegen diesen, die internationale Solidarität der Arbeiterklasse schwer schädigenden Beschluß hat der Kongress zu Marseille Stellung genommen und sich in wünschenswerther Deutlichkeit darüber ausgesprochen. Die auf Antrag Lafargue's angenommene Resolution lautet:

„In Erwägung, daß der Achtstundentag einer der Programmpunkte der Arbeiterparteien beider Hemisphären ist, und seine Verwirklichung auf dem internationalen Kongress zu Zürich in Betracht gezogen wird;

„In Erwägung, daß die Trades Unions von Großbritannien und Irland, nachdem sie am internationalen Kongress zu Brüssel teilgenommen, das dort getroffene Uebereinkommen zerrissen haben, indem sie in Gegensatz zu dem internationalen Kongress zu Zürich sich stellen und einen internationalen Kongress nach London einberufen;

„In Erwägung, daß die Agitation für die gesetzliche Einführung des Achtstundentages der Anregung des internationalen Kongresses zu Paris im Jahre 1889 geschuldet ist und die alten Trades-Unions dieselbe nur unter dem Druck der sozialistischen Bewegung angenommen haben;

„In weiterer Erwägung, daß die internationale Arbeiterpartei nicht wünschen kann, daß die Agitation der Arbeiter auf die Frage des Achtstundentages begrenzt werde, wie es die Majorität des Unionkongresses zu Glasgow will;

beschließt der Nationalkongress der französischen Arbeiterpartei, bestehend aus den Vertretern der Syndikatskammern und der sozialistischen Gruppen,

dem Kongress zu London fernzuschreiben.
„Der Nationalkongress tadelt die Majorität des Glasgower Kongresses, daß sie durch die Einberufung eines Kongresses nach London die internationale Arbeiterbewegung zu Spalten versucht, und läßt sie ein, sich der internationalen Arbeiterbewegung anzuschließen und ihre Vertreter auf den Kongress nach Zürich zu senden.“

Es ist nun notwendig, daß diesem Vorgehen der französischen Bruderpartei sich die deutsche Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, wie die Arbeiterparteien und Arbeiterorganisationen der anderen Länder anschließen. Den alten englischen Gewerkschaftsführern, die sehen, daß sie dem Strome der Bewegung nicht mehr widerstehen können und nun durch ihr separatistisches Vorgehen versuchen, zu retten, was noch zu retten ist, muß klar gemacht werden, daß sie es nicht mehr sind, welche die Bewegung leiten. Die Arbeiterparteien des Kontinents müssen durch entschiedenen Widerstand gegen die Quertreibereien von jener Seite die vorgeschrittenen Elemente in der englischen Arbeiterbewegung zu stützen suchen, die bisher mit wachsendem, wenn auch noch nicht mit entscheidendem Erfolg die Fetzschwampolitik der alten Trades-Union-Führer untergraben haben. Der alte Trades-Unionismus ist trotz aller gegenheiligen Kongressbeschlüsse in Wanken; ihn gänzlich zu stürzen, ist das lebhafteste Interesse der vorgeschrittenen Arbeiterbewegung aller Länder. Hält der Sozialismus erst in die alten englischen Trades-Unions mit liegenden Fahnen seinen Einzug, dann ist dies von entscheidender Bedeutung für ganz Europa. Und diese Möglichkeit ist vorhanden. Die ökonomische Vorrück- und Herrschafts-Stellung Englands ist für immer erschüttert und schwindet immer mehr. Das begreifen die englischen Proletarier, und daher ihr Drängen nach gemeinsamer Handlung mit den Proletariats aller Länder. Das Eisen ist warm, also schmelzen wir es!

Das Allernueste aus dem Reiche des Herrn von Stephan.

Der Herr von Stephan hat bekanntlich die außerordentliche Güte gehabt, dem Hamburger Postpersonal für seine anopfernde Thätigkeit während der Choleraepidemie seine „ressortmäßige Anerkennung“ auszusprechen. Er erklärte sogar, er sei bereit, soweit die Mittel der kaiserlichen Ober-Postdirektion nicht ausreichen, den Betroffenen durch Bewilligung von Unterstützungen aus den Mitteln des Reichs-Postamts zu Hilfe zu kommen, soweit einzelnen Beamten und Unterbeamten aus Anlaß der Maßregeln zur Abwehr der Krankheitsverbreitung Nachtheile erwachsen oder erhöhte Ausgaben bei Wahrnehmung ihres Dienstes entstehen.

Das heißt also — Bettelpennige versprechen! Was sagt man nun zu folgenden und zur Verfügung gestellten amtlichen Aktenstücken?

Berlin C., 23. September 1892.

Es ist in Anregung gebracht, bei den Postbeamten und Postunterbeamten zum Besten der von der Cholera heim-

gesuchten Berufsgeossen in Hamburg eine Geldsammlung zu veranstalten und den Ertrag dem Herrn Ober-Postdirektor in Hamburg zur Vertheilung an die Betroffenen zur Verfügung zu stellen. Seine Excellenz der Herr Staatssekretär des Reichs-Postamts, welcher von dem Vorschlag mit großer Befriedigung Kenntniß genommen und denselben gebilligt hat, den Vorsteher der Ober-Postdirektion in Hamburg ermächtigt, die ihm von Seiten der Berufsgeossen zugehenden Beiträge entgegen zu nehmen und, unter Mitwirkung eines aus Angehörigen der Verwaltung zu bildenden Ausschusses, für deren Vertheilung an die Heimgesuchten Sorge zu tragen. Das kaiserliche Verkehrsamt wird beauftragt, die dort beschäftigten Beamten und Unterbeamten hiervon in Kenntniß zu setzen und ihnen anheimzugeben, sich an diesem Werke echter Menschenliebe und kollegialischer Gesinnung, ein Jeder nach seinen Kräften zu betheiligen. Damit sich Jeder über die Lage der Verhältnisse in Hamburg unterrichten kann, lasse ich dem kaiserlichen Verkehrsamte hieneben einen Auszug aus dem an das Reichs-Postamt erstatteten Bericht der kaiserlichen Ober-Postdirektion in Hamburg vom 17. d. Mis., die Einwirkung der Cholera-Epidemie auf die Personalverhältnisse betreffend (siehe unten) zugehen. Die zur Verfügung gestellten Beiträge sind, für jeden Einzahler besonders, in die beifolgende Sammelliste einzutragen und datschunlichst an die hiesige General-Postkasse mittelst Postanweisung einzusenden. Die Sammellisten dagegen sind — auch für den Fall, daß Beiträge nicht gezahlt sein sollten — gleichzeitig unter Anschlag mit entsprechender Bezeichnung hierher einzureichen.

Der kaiserliche Ober-Postdirektor,
Geheime Ober-Postrath.

Griesbach.

B. 25488. Hamburg, 17. September 1892.

pp.

Gestorben an der Cholera . . .	1 Beamter, 13 Unterbeamte,
Erkrankt und dienstunfähig an Cholera, Cholerae und Krankheiten der Verdauungsorgane	74 Beamte, 134 Unterbeamte,
an sonstigen Krankheiten	50 Beamte, 54 Unterbeamte.

Von 588 im Arbeiterverhältnis zur Verwaltung stehenden Personen, welche als Mitglieder der Postkrankenliste angehören, sind in der Zeit vom 17. August bis einschließlic 15. September 59 an Cholera pp. erkrankt. Die 92 Postillone der hiesigen Posthalterei sind sämtlich gesund geblieben. Unter den Familienmitgliedern und denjenigen Angehörigen von Beamten und Unterbeamten, welche mit diesen einen gemeinsamen Hausstand bilden,

Feuilleton.

Wochenschrift verboten. | 137

Die Waffen nieder!

Eine Lebensgeschichte von Bertha von Suttner.

Ob Dich diese Zeilen erreichen? Und wo und wie? Ob nach einem heißen Schlachttag, ob im Lager, ob vielleicht im Lazareth . . . auf jeden Fall thut es Dir wohl, Kunde von Deiner Martha zu erhalten. Wenn ich auch nur Trauriges schreiben kann — was anders als Trauriges kann in einer Zeit empfinden werden, wo die Sonne durch das große schwarze Sargdeckeluch verfinstert wird, welches für das Vaterland“ aufgehört worden, damit es auf die Kinder des Landes herabfalle — dennoch bringen Dir meine Zeilen Lächung. . . denn Du hast mich lieb, Friedrich — ich weiß es, wie lieb, und mein geschriebenes Wort freut und bewegt Dich, wie ein sanftes Streicheln meiner Hand. — Ich bin wie bei Dir, Friedrich, wisse das: mit jedem Gedanken, mit jedem Athenzug, bei Tag und Nacht. . . Hier in jedem meinem Kreise bewege ich mich und handle und spreche mechanisch; mein eigenes Ich — das ja Dir gehört — das verläßt Dich keinen Augenblick. . . Nur mein Bub“ erinnert mich, daß die Welt mir doch noch etwas enthält, was nicht „Du“ heißt. . . Der gute Kleine — wenn Du wählst, wie er nach Dir fragt und sorgt! Wir zwei sprechen miteinander eigentlich von gar nichts Anderem, als von „Papa“. Er weiß es wohl, der feinfühligste Knabe, daß dies der Gegenstand ist, von dem

mein Herz voll ist, und so klein er ist — Du weißt es ja — ist er schon eine Art Freund seiner Mutter. Ich fange auch schon an, mit ihm zu reden, wie mit einem Vernünftigen, und dafür ist er mir dankbar. Ich meinerseits bin ihm dankbar für die Liebe, die er Dir weicht. Es ist so selten, daß Kinder ihre Stiefeltern gut leiden mögen, freilich ist an Dir auch nichts Stiefväterliches — Du könntest mit einem eigenen Jungen nicht zärtlicher, nicht gütiger sein, Du mein Bärtlicher, Gütiger! Ja, die Güte — die große, weiche, milde — die ist Deines Wesens Grundlage und — wie sagt der Dichter? — so wie der Himmel aus einem einzigen großen Saphir sich wölbt, so formt sich eines edlen Menschen Charaktergröße nur aus einer Tugend — der Güte. Mit anderen Worten: ich lieb' Dich, Friedrich! Das ist ja doch immer der Refrain alles dessen, was ich von Dir und Deinen Eigenschaften denke. So vertrauensvoll, so zuverlässig lieb' ich Dich — ich ruhe in Dir, Friedrich, warm und faust. . . Wenn ich Dich habe — versteht sich. Jetzt, da Du mir wieder entrischen bist, ist's mit meiner Ruhe natürlich aus. Ach, wäre der Sturm nur schon vorbei, vorbei — wäret ihr doch in Berlin, um dem König Wilhelm die Friedensbedingungen zu diktieren! Mein Vater ist nämlich fest überzeugt, daß dies des Feldzugs Ende sein wird, und nach Allem, was man hört und liest, mag ich es wohl auch glauben. „Sobald mit Gottes Hilfe, der Feind geschlagen ist“ — so lautete ja Benedek's Rufus — werden wir ihn auf dem Fuße verfolgen, und ihr werdet in Feindesland euch ausrosten und diejenigen Erholungen“ und so weiter. Was sind denn das für Erholungen? Heutzutage darf kein Anführer mehr laut und unumwunden sagen: „Ihr dürft plündern, brennen, morden, schänden,“ wie dies

im Mittelalter Brauch war, um die Horden anzufeuern; — jetzt könnte man ihnen als Lohn höchstens eine freigebige Vertheilung von Erbwürst in Aussicht stellen; das wäre aber etwas matt, also heißt es verblümt: „diejenigen Erholungen“ und so weiter. Dabei kann sich Jeder denken, was er will. Das Prinzip des in „Feindesland“ zu findenden Kriegslohnes lebt im Soldatenstil noch fort. . . Und wie wird Dir in „Feindesland“ zu Muthe sein, welches ja eigentlich Dein Stammland ist, wo Deine Freunde und Deine Vettern leben? Wirst Du Dich dadurch „erholen“, daß Du Tante Korneliens hübsche Villa dem Erdboden gleich machst? „Feindesland“ — das ist eigentlich auch so ein fossiler Begriff aus jenen Zeiten, wo der Krieg noch unverhohlen das war, was seine raison d'etre vorstellt: ein Raubzug; — und wo das Feindesland dem Streiter als lohnverheißendes Beuteland winkte. . . Ich spreche da mit Dir, wie in den schönen Stunden, da Du an meiner Seite warst und wir, nach beendeter Vektüre irgend eines fortschrittlichen Buches, miteinander über die Widersprüche unserer Zeitzustände philosophirten, so einig, so einander verstehend und ergänzend. In meiner Umgebung ist Niemand, Niemand, mit dem ich über derlei Dinge reden könnte. Doktor Dresser war noch der Einzige, mit welchem sich kriegsverdammende Ideen austauschen ließen, und der ist jetzt auch fort — selber in den verurtheilten Krieg gezogen — aber um Wunden zu heilen, nicht um sie zu schlagen. Eigentlich auch ein Widerspruch, die „Humanität“ im Kriege — ein innerer Widerspruch. Das ist ungefähr so, wie die „Auflösung“ im Glauben. Entweder, oder — aber Menschenliebe und Krieg, Vernunft und Dogma: das geht nicht. Der aufsichtige, lobende Feindeshap“, gepaart mit gänzlicher Verachtung des menschlichen Lebens — das ist des Krieges Lebens-

sind bisher 48 Todes- und 252 Krankheitsfälle vorgekommen. Gestorben sind allein 18 Ehefrauen und 22 Kinder von Beamten und Unterbeamten. In einzelnen Familien hat das böse Geschick mit besonders rauher Hand eingegriffen. Einem Postkassierer in Hamburg-Gimsbühl ist die ganze Familie, Frau und 2 Kinder durch den Tod entrissen worden. Ein Briefträger in Altona hat die Frau und ein Kind verloren, während noch 2 Kinder an der Cholera darniederliegen. Ein Briefträger vom Postamt 1 in Hamburg ist an der Cholera gestorben und hat Frau und fünf Kinder, davon vier unversorgt, in ähnlichen Verhältnissen hinterlassen. pp.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.
Rühl.

Am das Reichs-Postamt in Berlin, W. II. 16104.

Zuerst verspricht Herr von Stephan unter den erschwerten Bedingungen ein Almosen. Und jetzt — geht der Bettelstachel herum?

Bei wem? Nicht bloß bei den Beamten, einschließlich der Königlich gestellten Assistenten, sondern auch bei den schlechtest situierten Postkulis, den Post-Unterbeamten, deren Auswucherung durch Geldbarleiher wir dieser Tage erst auf Grund amtlicher Urkunden klipp und klar aufgezeigt haben.

Eine amtliche Aufforderung zu Sammlungen ist gleichbedeutend mit der nackten Abzählung. Ein Postamts-Vorsteher sucht dem anderen den Rang abzulaufen, auf daß er ja recht viele Sammelgelder abkassiere.

Und dies alles in erster Reihe auf Kosten der ausgemerkten, jämmerlich bezahlten, intensiv ausgenutzten Unterbeamten! Denn die Masse muß es bringen.

Hier hilft kein Mundspülen, es muß gepiffen, d. h. gesammelt werden, mögen die Familien der Beamten darben, mögen die Beamten in Wuchererklauen verderben. Das heißt Humanität, das ist der Gipfel der Sozialpolitik.

Gewaltige Ueberschüsse wirtschaftet Herr von Stephan heraus, seine Leute aber befinden sich, wie amtlich zugegeben werden muß, in elender Lage.

Ueberschüsse, aber nicht zur Hebung der Lage jener Unterbeamten, sondern für den Moloch Militarismus!

Soll diesen ein wenig geholfen werden, so mögen sie, dem Peltast der Sage gleich, ihre Brust zerfleischen, um die Huren zu sättigen!

Mit der Vertheilung des Beschlusses von oben wird die Sammelliste vertheilt. Es heißt: unterschreiben oder in üblen Geruch kommen. So war es bei den Sammlungen für das bekümmerte „Töchterheim“, in welchem später Poststrafen- und Postkassierers-Töchter zusammen in einem Hause saßen. So ist es auch jetzt.

Friß Vogel oder stirb!

Militärvorlage und Steuerpläne.

Geschäft wie gesprungen. Weil die „National-Zeitung“ behauptet, der Reichskanzler habe das preussische Staatsministerium nicht rechtzeitig über die Militärvorlage gehört, entgegnet die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ (Nr. 492 vom 8. d. M.) in höherem Auftrage, die „National-Zeitung“ scheine zu glauben, daß dem Reich die geeigneten Organe für wirtschaftliche und finanzielle Fragen fehlten; diese seien vielmehr im Reichsamt des Innern und im Reichsschatzamt gegeben. Bei allen früheren Militärvorlagen sei gerade so wie jetzt verfahren worden. „Daher der preussische Kriegsminister die Genehmigung des Kaisers zur Ausarbeitung eines einseitigen Militärgesetzes erhalten, so setzt er sich zunächst mit den übrigen deutschen Kriegsministern in Verbindung, um deren Ansichten und Wünsche kennen zu lernen. Ist seine Arbeit soweit gereift, daß sich übersehen läßt, ob und welche finanzielle Wirkung sie haben würde, so tritt er mit dem Reichsschatzamt in Berührung, welches nun seinerseits in wichtigen Fällen ebenfalls zunächst die Verständigung mit den korrespondierenden Finanzbehörden der Einzelstaaten durch schriftlichen Verkehr oder durch mündliche Rücksprache zu suchen pflegt. Ist dann ein Einverständnis erzielt oder ein Entschluß gefaßt, so wird die Genehmigung des Kaisers zur Einbringung der Vorlage in den Bundesrath als Präsidialvorlage durch den Reichskanzler erbeten. Dieser Weg ist von Anfang an in der Reichs-Gesetzgebung ungleich häufiger beschritten worden, als der der Ein-

bringung von Gesetzesvorlagen durch die Einzelstaaten.“ Noch der „Norddeutschen“ lassen sich festhalten:

1884	41	Präsidial-, 6 preussische Anträge.
1885	30	„ „ „ „
1886	30	„ „ „ „
1887	45	„ „ „ „
1888	23	„ „ „ „
1889	30	„ „ „ „
1890	40	„ „ „ „
1891	81	„ „ „ „
1892	17	„ „ „ „

„Es lag kein Grund vor“, fährt das offiziöse Blatt fort, „von diesem geschlichen und praktisch bewährten Verfahren im vorliegenden Falle abzuweichen. An einer Fühlung der Reichsbehörden mit denjenigen Organen der hervorragenden Einzelstaaten, welchen die „National-Zeitung“ ein kompetentes Urtheil über wirtschaftliche und finanzielle Fragen nicht wird absprechen wollen, hat es daher nicht gefehlt, ohne daß auch nur die mindeste Differenz zwischen Preußen und dem Reich während eingewirkt hätte. Im Gegentheil glauben wir versichern zu können, daß das Reichsschatzamt bei der Ausgestaltung seiner finanziellen Pläne im vollen Einvernehmen mit dem preussischen Finanzministerium handelt.“ Die „National-Zeitung“ (Nr. 558 vom 8. d. M.) ergänzt nun ihre frühere Nachricht. Das parlamentarische Streifen werde ihr geschrieben, daß die Militärvorlage dem preussischen Staatsministerium nicht behufs Abgabe eines Votums für sie, sondern lediglich „zur Kenntnissnahme“ mit der Mittheilung, daß die Einbringung im Bundesrath als Präsidialvorlage beschlossen sei, vom Reichskanzler zugesandt worden ist.

Wie dem auch sein möge, die Militärvorlage wird eingebracht, und sie wird durchgehen. Gewiß ist durch die „Halbierung“ des Kanzlers, der seinen preussischen Ministerpräsidenten-Sessel für den Grafen Botho zu Stolberg hat freimachen müssen, die Anleihe zahlreicher Parteien zwischen Kanzler und Ministerpräsidenten erschlossen worden. Es kreist und wird kreisen, bis der provisorische Zustand — auf die Dauer ist die Trennung beider Posten nicht durchführbar — so oder so ein Ende hat. Aber Preußen giebt den Ausschlag, und wenn der König von Preußen als deutscher Kaiser seine Zustimmung giebt, wird ein preussisches Ministerium etwa nicht sich fügen?

Tabakzoll. Die „Süddeutsche Tabak-Zeitung“ meldet, der Reichskanzler habe mehrere ehemalige Mitglieder der Tabaksteuerkommission von 1878 nach Berlin berufen. Beabsichtigt sei eine Erhöhung des Tabakzolls von 85 auf 115 M. und die Kontingentierung des inländischen Tabakbaues. Wie erst kürzlich nachgelesen wurde, hat die 1879 durchgeführte Erhöhung des Tabakzolls von 24 auf 35 M. eine Abnahme des Tabakverbrauchs herbeigeführt; im Durchschnitt der Jahre 1871/72 bis 1878/79 betrug der Konsum pro Kopf und Jahr 1,9 Kilogramm, im Zeitraum 1879/80 bis 1890/91 nur 1,4 Kilogramm. Wie ein 115 Mark-Zoll auf den Massenverbrauch wirken muß, leuchtet ein. Gerade die wohlfeileren ausländischen Tabake sind für den deutschen Bedarf eine Nothwendigkeit, wenn anders der kleine Mann, der eine Zigarre zum Pre von 4—6 Pf. raucht, eine erträgliche Waare erhalten will. Im Interesse der kleinen Konsumenten ist der Zoll all des Volkes erforderlich, zu Ruh und Frommen des Militarismus belastet man den Massenverbrauch noch stärker als bisher. Die Absichten der Reichsregierung gehen aber noch weiter. Man will den inländischen Tabakbau kontingentiren, d. h. eine Produktionsmenge festlegen. Mit anderen Worten, die Reichsregierung bereitet das Tabakmonopol vor, das einzige Monopolquelle für das Kriegsbudget werden soll.

Ueber die Vertheilung von Bataillonen mit zweijähriger Dienstzeit soll sich der „Magdeburger Zeitung“ zufolge der Kaiser dahin ausgesprochen haben, daß es mindestens sechs bis acht Jahre bedürfe, um über das Ergebnis ein endgültiges Urtheil fällen zu können. Also die Militärvorlage wird die dreijährige Dienstzeit!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. Oktober.

Herr Majier. Am 30. September d. J. fand vor dem Magdeburger Schwurgericht eine Verhandlung gegen den Arbeiter Gottlieb Schröder aus Förderstedt wegen Mordes in zwei Fällen statt. Der Angeklagte

war beschuldigt, beim Wülfen einen Forstausseher und Feldausseher auf dem Jagdgebiete der Zuckerkönige Bennede, Feder u. Co. getödtet zu haben. In der Begründung der Anklage nun sagte der Staatsanwalt Majier nach dem Berichte der „Magdeburger Zeitung“ (2. Beilage zu Nr. 498 vom 1. Oktober):

„Jeder, der einmal einen Schrottschuß, besonders mit einem so hohen Kaliber wie Nr. 8, abgab, kennt dessen verheerende Wirkung. Ein solcher Schuß ist, aus solcher Nähe abgegeben, viel verheerender als ein Kugelschuß, denn er zerstückt und zerlegt innerlich alles. Der Angeklagte mußte also fräglich wissen, daß er tödtete. Es war ein Schrottschuß, den eine Hand aus der Mitte der Partei, der der Angeklagte, wie er selbst zugiebt, angehörte, auf das geheiligte, ehrwürdige Haupt eines so theueren vorerwähnten Kaisers abgab, und welcher damals, obgleich aus der Entfernung abgefeuert, dieses von allen Deutschen so hochverehrte Haupt zerstückte und den hohen Herrn dem Tode nahe brachte.“

Staatsanwälte und Landgerichtsdirektoren überbieten sich seit einiger Zeit, die deutsche Sozialdemokratie im Gerichtssaale durch wahrheitswidrige Behauptungen anzuschwärzen und durch alberne Nachrede zu schädigen. Nachdem Herr Komen die Weinedlschlage kolportirt und Herr Landgerichtsdirektor Schmidt ihm darin nachgeeifert hat, wagt es in Magdeburg der Herr Staatsanwalt Majier, eine faulstidige, schandliche Lüge, die als solche längst urkundlich festgestellt ist, urtheilslos nachzusprechen. Obwohl es factum bekannt ist, daß Kobilung mit der Arbeiterpartei nicht das Geringste zu thun hat, daß er vielmehr als eingeleiteter Nationalliberaler ihr ausgesprochener fanatischer Gegner war, erlaubt sich ein öffentlicher Ankläger, unsere Partei so wie geschähen zu beschimpfen. Kein ernsthafter Mensch wird seinem Geschwähre Glauben schenken. Aber es kennzeichnet unsere Zustände, daß ein Beameter der preussischen Justiz es wagen darf, der Wahrheit offen und ungerührt eine wächserne Nase zu drehen.

Selbstmorde im deutschen Heere. Die deutsche Armee hat im Monat Juli 121 Mann durch den Tod verloren; davon verunglückten 25, durch Selbstmord ertraten 21.

Prozess Baare-Fusangel. Eine eigenartige Nachricht kommt aus Offen:

Es sen a. d. Ruhr, 3. Oktober. Heute begann vor dem hiesigen Landgerichte die Verhandlung in Sachen Baare gegen Fusangel wegen Vertheidigung. Den Vorsitz führte Landgerichtsdirektor Thöne, Vertheidiger sind die Rechtsanwälte Wallach von Offen und Rohm von Dortmund, als Vertreter des Nebenklägers sind die Rechtsanwälte Justizrath Lewig von Dortmund, Stapper von Düsseldorf und Dr. Schwing von Bochum erschienen. Nach Eröffnung der Sitzung theilte der Vorsitzende mit, daß 220 Zeugen zu laden sind, und theilte sodann einen Vergleich der Parteien vor. Dieser Vergleich wurde angenommen.

Wir behalten uns vor, diese Angelegenheit eingehender zu behandeln, sobald eingehendere Mittheilungen vorliegen. Dieser Prozess, der ausgegangen zu sein scheint, wie das Hüruberger Schiefen, sollte für den Schienensünder-Prozess erst den Schlüssel liefern!

Nach einem Privattelegramm der „Bosfischen Zeitung“ forderte der Präsident Landgerichtsrath Thöne die streitenden Parteien auf, im Interesse des öffentlichen Friedens einen Vergleich herbeizuführen, der beiden Parteien nur zur Ehre gereichen könne. Der sogenannte Stempelfälschungs-Prozess habe einen ehrenvollen Vergleich ermöglicht. Aus diesem sei insbesondere die Person des Geheimen Rathes Baare in akt herorgegangen. Die gegen ihn erhobenen Vorwürfe seien vollständig widerlegt und das Ansehen des Bochumer Vereins sei nicht nur wiederhergestellt, sondern noch befestigt worden. Aber auch bezüglich Fusangel's habe diese Verhandlung ergeben, daß er kein Verleumder im Sinne des Gesetzes sei, sondern daß er nur im guten Glauben gehandelt habe. Die Parteien seien daher in der Lage, einen für beide Theile ehrenvollen Vergleich zu schließen. Der Präsident fügt hinzu, daß er diese Worte aus eigener Initiative, ohne von jemandem dazu aufgefordert zu sein, an die Parteien richte. Die Rechtsanwälte beider Parteien erbaten sich eine Pause, um die Vergleichsverhandlungen führen zu können, worauf der Ver-

nerv, gerade so wie die fraglose Unterdrückung der Vermuthung des Glaubens Grundbedingung ist. Aber wir leben in einer Zeit der Vermittlung. Die alten Institutionen und die neuen Ideen wirken gleich mächtig. Da versuchen denn die Leute, welche mit dem Alten nicht ganz brechen wollen, welche das Neue nicht ganz erfassen können, beides miteinander zu verschmelzen und daraus entsteht dieses verlogene, unkonsequente, widersprüchliche, halbhabte Getriebe, unter welchem die wahrheits-, gradheits- und ganzheitsdurstenden Seelen so stöhnen und leiden.

Ah, was ich da alles zusammenschreibe! Du wirst jetzt kaum — wie in unseren friedlichen Blanderstunden — zu solch allgemeinen Betrachtungen aufgeleitet sein: Du bist von einer grausigen Wirklichkeit umstos, mit der es sich abfinden heißt. Wie viel besser wäre es da, wenn Du sie hinnehimern könntest mit der naiven Auffassung alter Zeiten, da dem Soldaten das Kriegelieben eitel Lust und Wonne war. Und besser wäre es, ich könnte Dir schreiben, wie andere Frauen auch, Briefe von Segenswünschen und zuversichtlichen Siegesverheißungen und Muthanspornungen. . . . Die Mädchen werden ja gleichfalls zum Patriotismus erzogen, damit sie zu rechter Stunde den Männern zurufen: „Gehet hin und sterbet für euer Vaterland — das ist der schönste Tod“. Oder: „Kehret siegend heim, dann wollen wir euch mit unserer Liebe lohnen. Inzwischen werden wir für euch beten. Der Gott der Schlachten, der unsere Heere beschützt, der wird unsere Gebete erhören. Tag und Nacht steigt unser Flehen zum Himmel auf und — gewiß — wir erlösen uns seine Huld: Ihr kommt wieder — ruhmgekrönt! Wir zittern nicht einmal, denn wir sind eurer Tapferkeit würdige Genossinnen. . . . Nein, nein! — die Mütter eurer Söhne dürfen nicht feige sein, wenn sie ein neues Geschlecht von Helden heranziehen wollen; und müssen wir auch unser Theuerstes hingeben: für Fürst und Vaterland ist kein Opfer zu groß!“

Das wäre so der richtige Soldatenfrauen-Brief, nicht wahr? Aber nicht ein Brief, wie Du ihn von Deiner Frau zu lesen wünschtest — von der Genossin Deines Denkens, von derjenigen, die den Groll gegen alten,

blinden Menschenwahn mit Dir theilt. . . . O, ein Groll, so bitter, so schmerzlich — ich kann Dir's gar nicht sagen! Wenn ich sie mir vorstelle, diese beiden Heere, — zusammengesetzt aus einzelnen vernünftigen und zumest guten und sanften Menschen, — wie sie auf einander losstürmen, um sich gegenseitig zu vernichten, dabei das unglückliche Land verheerend, wo sie als Spielarten ihrer Mordpartie die „genommenen“ Dörfer hinschlendern. . . . wenn ich mir das vorstelle, da wollte ich ausschreien: So bestimt euch doch! . . . so haltet doch ein! Und von hunderttausend würden auch neunzigtausend Einzelne sicher gene einhalten; aber die Masse, die muß weiter wüthen. Doch genug. Du wirst es vorziehen, Nachrichten und Neuigkeiten von Hause zu hören. Nun denn — gesund sind wir Alle. Der Vater ist unausgeseht in höchster Aufregung über die gegenwärtigen Ereignisse. Der Sieg von Custozza erfüllt ihn mit strahlendem Stolz. Es ist, als ob er denselben errungen hätte. Jedenfalls betrachtet er den Glanz dieses Tages als so hell, daß der auf ihn — als Oesterreicher und als General — fallende Abglanz ihn ganz glücklich macht. Auch Lori, dreizehn Mann, wie Du weißt, bei der Süd-Armee ist, schrieb mir einen Triumph-Brief über dasselbe Custozza. — Friedrich, erinnerst Du Dich, wie eifersüchtig ich während einer Viertelstunde auf die gute Lori war? Und wie ich aus diesem Unfall mit verstärkter Liebe und verstärktem Vertrauen hervorging? . . . O hättest Du mich nur damals betrogen — hättest Du mich doch mitunter ein wenig mißhandelt. . . . da könnte ich Deine jetzige Abwesenheit wohl leichter ertragen — aber einen solchen Gatten im Kugelschuß zu wissen! . . . Nun weiter mit den Nachrichten: Lori hat mir in Aussicht gestellt, daß sie mit ihrer kleinen Beatrix den Rest ihrer Strohwitwenchaft in Gramitz zubringen werde. Ich konnte nicht nein sagen — doch aufrichtig: mir ist gegenwärtig jede Gesellschaft lästig. Allein, allein will ich sein, mit meiner Sehnsucht nach Dir, deren Umfang ja doch niemand anderer ermeßeln kann. . . . Nächste Woche soll Otto seine Ferien antreten. Er jammer in jedem Briefe, daß der Krieg noch vor und nicht erst nach seiner Offiziersbenennung begonnen hat. Er hofft zu

Gott, daß der Friede nicht noch vor seinem Austritt aus der Akademie — ausbreche. Das Wort „ausbrechen“ wird er vielleicht nicht gebraucht haben, aber jedenfalls entspricht es seiner Auffassung, denn der Friede erscheint ihm jetzt als eine drohende Kalamität. Nun freilich: so werden sie ja groß gezogen. So lange es Kriege giebt, muß man krieglende Soldaten heranziehen; und so lange es krieglende Soldaten giebt, muß es auch Kriege geben. . . . Ist das ein ewiger, ausgangloser Firkel? Nein, Gott sei Dank! Denn jene Liebe, trotz aller Schuldbrünnung, nimmt beständig ab. Wir haben in Henry Thomas Buckle den Nachweis dieser Abnahme gefunden, erinnerst Du Dich? Aber ich brauche keine gedruckten Nachweise — ein Blick in Dein Herz, Dein edelmenschliches Herz, Friedrich, genügt mir zu dieser Beweisführung. . . . Weiter mit den Nachrichten: Von unseren in Böhmen gebürtigen Verwandten und Bekannten erhalten wir allseitig Jammerepisteln. Der Durchmarsch der Truppen — auch wenn sie zum Siege gehen — verwickelt schon das Land und saugt es aus; wie wenn erst noch der Feind vordringen sollte, wenn sich der Kampf in ihrer Gegend, dort, wo sie ihre Schlösser, ihre Felder besitzen, abspielen sollte? Alles ist fluchtbereit — die Dabelligkeiten gepackt, die Schätze vergraben, Adieu den frohlichen Reisen in die böhmischen Bäder, adieu dem friedlichen Aufenthalt auf den Landgütern, adieu den glänzenden Herbstjagden und jedenfalls adieu den gewohnten Einkünften von Pachtung und Industrien. Die Ernten werden zertreten, die Fabriken, wenn nicht in Brand geschossen, so doch der Arbeiter beraubt. Es ist doch ein wahres Unglück, schreiben sie, daß wir jetzt im Grenzland leben — und ein zweites Unglück, daß Benedel nicht schon früher und heftiger die Offensive übernahm, um den Krieg in Preußen auszulösen. . . . Vielleicht könnte man es auch ein Unglück nennen, daß die ganze politische Bänkerei nicht von einer Schiedsgericht geschlichtet worden sei, sondern dem Nordgewölbe auf böhmischen oder schlesischen Boden (in Schlesien soll es, glaubwürdigen Reichsrichtern zufolge, nämlich auch Menschen und Felder und Fehungen geben anheimgestellt wird. Aber das fällt Niemandem ein!

gleich angenommen wurde." So endet dieser Streit als Komödie, und Herr Baare gibt Herrn Finsangel den Veröhnungsluß. Die Herr Thöne nach den von uns genügend besprochenen Feststellungen des Stempelprozesses, der die schmählichen Mogeleten des Buchmer Werks ans Licht brachte, dazu kommt, dem Verein ein solches Lob zu spenden, ist wohl nicht bloß für uns ein staunenswerthes Mäthsel. — Die öffentliche Meinung wird durch diesen Ausgang des Prozesses nicht alterirt werden. —

124 Millionen Mark Mehrerinnahme hat die neue preussische Einkommensteuer geliefert. So berichtet nach amtlichen Angaben ein Druckheft des nationalliberalen Abgeordneten Sannecerus. Eine heilsame Wirkung der Selbstschätzung, die noch stärker bei der zweiten Deklaration zu Tage treten wird! —

Noch einmal die Betriebssteuer. Wir haben bereits von der offiziellen Nachricht Notiz genommen, daß der Reichliche Gemeindefeuern-Besetzentwurf den Gemeinden das Recht auf eine Erhöhung der Betriebssteuer zur Bedeckung ihrer Ausgaben zugesichert werde. Das akademische Präsidium zu diesem Plane findet sich in einem Aufsatze, den der nationalliberale Abgeordnete Universitäts-Professor Dr. A. Friedberg in „Conrad's Jahrbüchern für Nationalökonomie“ (S. Folge, 4. Band, 3. Heft, 1892, S. 339 ff.) veröffentlicht hat. Herr Friedberg klagt noch heute darüber, daß die städtische Mahl- und Schlachtsteuer in solchem Abten Ruhe ständen, trotzdem sie das gar nicht verdient hätten. Aber nach Einführung der Korn- und Viehsteuern müsse man zugeben, daß unter allen Umständen Steuern auf Genusmittel, denen auf notwendige Lebensmittel vorzuziehen seien. Als solche „Genusmittel“ betrachtet Friedberg in erster Linie Wein, Bier, Branntwein. Da aber die Reichsverfassung die unmittelbare „ausgiebige Besteuerung“ der geistigen Getränke für die Kommune nicht gestattet, so sei „dieses Ziel auf einem indirekten Wege anzustreben“. Es läßt sich das in der Weise machen, daß man die Steuern anstatt auf das Getränk selbst, auf den Ort der hauptsächlichsten Konsumtion, mit anderen Worten auf die Schaustätte legt. Die professionelle Prüffigkeit umgeht auf diese Art die Reichsverfassung und trifft mittelbar die Verbraucher, auf die der Inhaber der Schaustätte die Steuer, nach oben abgerundet, selbstverständlich abwälzt, mit voller Wucht von hinten. Das ist eine indirekte Steuer in zweiter Potenz. Daß Bier und Wein nicht reine Genussmittel sind, daß das Bier ein Nahrungsmittel ist, das im Volkshaushalte noch eine weitaus größere Rolle spielen müßte, soll es gelingen, dem Kartoffel- und Weingeistverbrauch Einhalt zu thun, daß in dem Weingeist (Wosel, Rhein) der Wein ein leider immer mehr in den Hintergrund tretendes Getränk ist, und daß der Branntwein im Norden und Osten, mit Maß genossen, für einen großen Bruchteil der Arbeiter nützlich und für die große Masse infolge der schlechten Lebenshaltung bedauerlicher Weise ein notwendiges Heilmittel ist, das scheint Herrn Friedberg nicht im mindesten. Steigert man die drückende Betriebssteuer, so werden die geistigen Getränke verteuert oder verschlechtert und gefälscht. Wohlreiche kleine Wirthe werden vollends zu Grunde gerichtet, und der Verschleiß von Schnaps schlechterer Qualität wird wachsen. Denn der kleine Mann wird sich den Schnaps, den er in der Schenke theurer als beim Krämer bezahlen muß, mit heimnehmen, er wird gleich größere Mengen einkaufen, der Suff wird befördert. Sind Wein oder Bier, und das Bier kommt für die Mehrzahl der deutschen Arbeiter in Frage, noch höher besteuert, als bisher, so züchtet man künstlich den Alkoholismus. In Preußen die Betriebssteuer, im Reich zu Gunsten der Militärvorlage die erhöhte Branntweinsteuer — will man das arbeitende Volk in dem Abhub des Abhubs der Brennereien, in dem aller schlechtesten Spirit ertränken? Das heißt dann „soziale Politik“ — im Zeichen des Fusel's. Herr Friedberg als gutgezahlter Professor, kann freilich über indirekte Steuern mit souveräner Verachtung sich hinwegsetzen. Wie wäre es, wenn er als ostpreussischer Handwerker oder Schleifschmied die Wirkungen der indirekten Besteuerung einmal am eigenen Leibe probierte? Probieren geht über Studiren. —

Mein kleiner Rudolf sieht zu meinen Füssen, während ich Dir schreibe. Er läßt Dich umarmen und unsere lieben Puzl grüßen. Das geht uns Weiden recht sehr ab, das gute lustige Pintschel — aber andererseits, es hätte seinen Herrn so schwer vernichtet, und Dir wird es eine Zerstreung, eine Gesellschaft sein. Grüße ihn von uns Weiden, den Puzl — ich schüttele seine eheliche Pfote und Rudi läßt seine gute schwarze Schnauze.

Und jetzt, für heute leb' wohl, Du mein Alles!

Es ist unerhört! . . . Niederlage auf Niederlage! Zuerst das von Clam-Gallas verbarricadirete Dorf Podol erstürmt — bei Nacht, bei Mond- und Flammenlicht genommen — dann Gitschin erobert. . . Das Bündnadel-gemein — das verdamnte Bündnadelgemein müßte die unseren reihenweise nieder. Die beiden großen feindlichen Armeekorps — das vom Kronprinzen und das vom Prinzen Friedrich Karl befehligte — haben sich vereinigt und dringen gegen Mährengrätz vor. . .

So klangen die Schreckensnachrichten, welche mein Vater ebenso heftig jammernd vortrug, wie er jubelnd die Siegesnachrichten von Custozza berichtet hatte. Aber noch schwankte seine Zuversicht nicht:

„Sie sollen nur kommen, Alle — Alle in unser Böhmen und dort vernichtet werden, bis auf den letzten Mann. . . Einen Ausweg, einen Auszug giebt es dann nicht mehr für sie, wir schließen sie ein, wir umzingeln sie. . . Und das entrüstete Landvolk selber wird ihnen den Garaus machen. . . Es ist nicht gar so vorthelhaft, als man glauben mag, in Feindesland zu operiren, denn da hat man nicht nur das Heer, sondern die ganze Bevölkerung gegen sich. . . Aus den Häusern von Trautmann gossen die Leute aus den Fenstern siedendes Wasser und Del auf die Menschen.“

Ich stieß einen dumpfen Laut des Ekels aus.

„Was willst Du?“ sagte mein Vater achselzuckend, „es ist freilich grauenhaft — aber das ist der Krieg.“

(Fortsetzung folgt.)

Hungertypus in Hamburg. Noch ist die Cholera-epidemie in Hamburg nicht erloschen, und bereits beginnt das Geschlechterregiment in alter Weise zu wirtschaften. Schon jetzt schreibt unser Hamburger Bruderorgan, das „Echo“, hat die Noth und das Elend einen Grad erreicht, daß jeden Tag der Ausbruch einer neuen schrecklichen Epidemie zu befürchten ist. Der Hungertypus ist im Anzuge! Schon spricht man da und dort davon, daß an dieser oder jener Stelle Fälle von Hungertypus vorgekommen sind, und in der That ist ja auch nicht mehr daran zu zweifeln, daß wir Typusfälle haben. Sicher ist, daß der Hungertypus hier den günstigsten Boden finden würde und daß seine Opfer nicht weniger zahlreich sein könnten, als diejenigen der asiatischen Cholera. Soll unsere schon so schwer heimgegriffene Stadt einer zweiten Katastrophe entgegengehen, der sie erliegen müßte? . . . Aber alles dieses existirt ja nicht; das Elend ist nur eine sozialdemokratische Phrase. In den Akten steht davon nichts, und was nicht schwarz auf weiß in der Registratur liegt, verdient keine Beachtung. Die Cholera, welche die Geister einigermaßen aufgerüttelt hat, welche grell die Schäden unseres Staates beleuchtete, ist im Abnehmen begriffen. Wohlthätiges Dunkel bedeckt wieder die Höhlen des Jammers; der Schrei der Verzweiflung dringt nicht durch die wieder über die Ohren gezogene Schlafmütze. „Es wird fortgeurteilt“, sagt man in Oesterreich, und in Hamburg „bleibt's beim Alten“. . . Die Cholera ist vorüber, es lebe der Schlandrian! Mit Recht heißt das „Echo“ schnelle, ausgiebige Staatshilfe, Beginn von Staatsarbeiten im größten Umfange, kein Almosen, keine Armenunterstützung. Die Hamburger Bourgeoisie quittirt aber die opfermüthige Arbeit der Hamburger Arbeiter, indem sie ihnen breite Bettelstuppen, geschmälzt zum großen Theil von den Spenden Fremder, locht, indem sie die Noth der Massen nicht sieht, indem der alte Klängel in alter Rücksichtslosigkeit seine Hegezänzen vollführt. Denn der am 2. Oktober gefaßte Beschluß der Bürgerchaft, die vom Senat vorgeschlagene „Verordnung über Maßnahmen zur Unterdrückung der Cholera“ anzunehmen, ist sozialpolitisch eine taube Ruß. Möge die Hamburger Ehrbarkeit nicht zu lech das Schicksal herausfordern! Im nächsten Frühling kann die asiatische Cholera vernichtender als 1892 Hamburg verheeren und es zu Grunde richten. Und der Hungertypus, wie man gar zu gerne den Hungertypus nennt, lastet auch die Reichen an, hat er einmal Fuß gefaßt. Die satte Tugend und zahlungsfähige Moral, fast ganz verschont durch den indischen Bürger, wird vielleicht in die Brüche gehen vor der deutschen Seuche, von deutschen Hungerleidern ausgehekt, und verbreitet. —

Sozialdemokratischer Wahlsieg. Wolff's Telegraphisches Bureau meldet:

Waltershausen, 3. Oktober. In dem hiesigen, die Stadt Waltershausen, das Schloss Lenneberg und den Ort Iphenhain umfassenden Landtags-Wahlkreis des Herzogthums wurde der Sozialist Wod. Gotha in den Landtag gewählt.

Der erste sozialdemokratische Schritt im Rarpsenteich! —

Orieter. Schon wieder eine neue Offenbarung, schreibt das „Napereische Vaterland“, bringt das (ultramontane) „Fremdenblatt“, nämlich: Daß Herr Orieter sein Reichstagsmandat niederlege, wurde zwischen ihm und dem Kultusminister festgestellt, weshalb Dr. Orieter denn auch schon lange vor seiner Ernennung zum Minister seinen Verzicht auf das Reichstagsmandat in Aussicht stellte. — Und darauf hin Rektor wurde, wäre der Schluß aus der Prämisse des zwischen ihm und dem Kultusminister festgestellten „Verzichts“! — Ei! ei! Schau! Schau! Nach der Darstellung des „Fremdenblattes“ muß ja dann das Rektorat als eine Prämie für den Verzicht des Dr. Orieter erscheinen. Und darf man dann nicht weiter schließen, daß „Patrioten“ sich öfter solche Prämien erteilen lassen? — Minister und Dr. Orieter dürfen sich gleichmäßig beim „Fremdenblatt“ für solche Offenherzigkeiten bedanken. Ein wackerer „Volksvertreter“, dieser Schacherjude Orieter! —

Der Kirchenbann. Im gleichen Verlage erscheinen in München zwei ultramontane Blätter, das Hauptorgan des bayerischen Zentrums, das „Münchener Fremdenblatt“ und der „Bayerische Kurier“. Der „Kurier“ hatte kürzlich die Redheit, daran zu zweifeln, ob die Ballestreim und anderen Junter die neue Militärvorlage ablehnen würden. Flugs wird der Frevler mit dem Kirchenbann belegt. Seine Verlagskollegin erklärt feierlich, der „Bayerische Kurier“ habe „mit zu seggen“, denn er sei aus der Reihe der Zentrumsblätter ausgeschieden, und werde als — Volksblatt geführt. Als „Volksblatt“, das den kleinen Leuten, die hinter dem Zentrum herlaufen, Sand in die Augen streuen soll, darf es sich radikal gebarden, die Zentrumsorgane müssen hübsch bei der Stange bleiben und den junkerlich-pfäffischen Weisungen folgen. Das Volk läßt sich aber solche „Volksblätter“ auf die Dauer nicht bieten. —

Herr von Soden, der Gouverneur von Ostafrika, hat, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ offiziell berichtet, sein Entlassungsgesuch nicht eingereicht, es läge von seiner Gesundheit ab, ob er nach Afrika zurückkehren werde oder nicht. Diese „Berichtigung“ ist eine Deklärirung der Blättermeldung. —

Altjüngferliches. Die „Vossische Zeitung“ sagt in einer Sonntagsbetrachtung über die sozialistengeheime Zeit 1890-92: „Der Vieblucht war hat jüngst in Frankreich verschert, der Sieg der Sozialdemokratie in Deutschland sei nur eine Frage der Zeit. Es ist möglich, daß die Zahl der Sozialdemokraten bei den Wahlen wachsen wird; aber wenn es geschieht, geschieht es infolge der Mißgriffe unter dem neuen Kurse und der Uneinigkeit der bürgerlichen Parteien. Der Verzicht auf das Sozialistengesetz hat damit nichts zu schaffen. Soweit sind die Dinge indessen noch nicht gediehen, und bis zum Siege der Sozialdemokratie hat es gute Wege. Wenn es sein muß, so wird dem „Klassenbewußten Proletariat“ auch das Klassenbewußte Bürgerthum entgegengetreten, und das Bürgerthum würde siegen ganz wie bei der Maifrier. Zu solchen Kämpfen wird es hoffentlich nicht kommen. Indem das Ausnahmengesetz fiel, war der Boden für eine allmähliche Verständigung der bürgerlichen Parteien mit der Sozialdemokratie frei gegeben. Es wird lange Jahre währen, bis diese Verständigung erzielt ist; aber sie dürfte immerhin früher eintreten, als der Sieg der Sozialdemokratie.“ Wer die Natur des Klassenkampfes so

unverständlich um zu wöhnen, daß dieser nun zu Ende gehen wird wie ein Kaffeekaffee bei Strickstrumpf und Sandtorte, ist nicht ernsthaft zu nehmen. Nicht ernsthaft, wenn er träumt von der kleinbürgerlichen Versöhnungsfeier am häuslichen Herde, und ebenso wenig ernsthaft, wenn er altjüngferlich droht. Warum lebt kein Raulbach, dessen Stift mit ähender Satire die Wahlkraft zeichnet, auf der das weißbierdunkle Berliner Philisterium, an ihrer Spitze in behäbiger Haube, den Pompadour am Arm, die Laute Boh, zu Felde zieht gegen das deutsche Proletariat? —

Ganz wie bei uns. Die halbamtliche Wiener „Reichswehr“ forderte die über das Militärbudget verhandelnden österreichisch-ungarischen Delegationen auf, den Elementen entgegenzutreten, welche die Entwicklung des Heeres hemmen wollen, damit das Parlament keine Verantwortlichkeit auf sich lade. Die braven Delegationen warten nun darauf, auf höheren Befehl so viel zu bewilligen als verlangt wird. Der Schreckschuß wird abgegeben, um denen, die nicht alle werden, blauen Dunst vorzumachen. —

Carmaux. „Gerold“ meldet: Carmaux, 3. Oktober. Heute beginnt vor dem Polizeigericht der Prozeß gegen 10 Ausländer wegen Hausfriedensbruchs, Bedrohungen und Einbruchs. Die Anklage auf Einbruch ist fallen gelassen. Zu der Verhandlung sind 30 Zeugen geladen. Zahlreiche Abgeordnete sind hier eingetroffen. Die gestrigen Versammlungen verliefen ruhig.

Die Klassenjustiz beginnt ihr Werk. — Die Wolff's Bureau berichtet, beabsichtigt der Abg. Sokroy, bei den in der Kammer zu erwartenden Debatten über den Streik in Carmaux einen Antrag auf Verstaatlichung der Bergwerke einzubringen. —

Renan ist am 2. Oktober im 70. Lebensjahre gestorben. Sein Hauptwerk, „Das Leben Jesu“, das im Jahre 1863 erschien, brachte seinen Namen in die weiteste Öffentlichkeit. Die einfache und wissenschaftliche Forschung, die David Friedrich Strauß in seinem 27 Jahre vorher erschienenen „Leben Jesu“ niedergelegt hatte, wird bei Renan verewicht durch rhetorischen Schmud und phantastische Zuthaten. Bei dem Verfall der Bourgeoisie konnte deren Liberalismus und Freiendenthum die nüchternen Wahrheit nicht mehr vertragen. In Renan's wissenschaftlicher Darstellung überwiegt der Reich der Phantasie und in seinem politischen Leben mußte die Schönrednerie über die Klippen hinweghelfen, zu deren Ueberwindung ihm die feste Ueberzeugungstreue fehlte. —

Aus Italien wird dem „Vorwärts“ geschrieben: Außer den arbeiterfeindlichen Kandidaten des provisorischen radikalen Komitees wurden auch von lokalen Komitees verschiedene Kandidaten aufgestellt. Der Wahlkampf dauert schon einige Wochen, und die Veränderungen, welche das Gesetz vom 3. Mai 1891 (Aufhebung des Listenkriteriums und Einführung der Einer-Wahlweise) brachte, lassen natürlicherweise die Vertretung der kleineren Gruppen noch fragwürdig als früher erscheinen. Das Kabinett Giolitti unterläßt 800 Kandidaturen. Sie sind entweder von den Helfershelfern des Ministeriums aufgestellt oder fallen zu Gunsten derjenigen, welche im vorigen Parlament für das „associazio provvisorio“ Rinnmen. Man gab nämlich dem Ministerium ein Vertrauensvotum auf nur ein paar Monate, und jetzt sucht dasselbe seine Freunde auf 800 Regierungs-Kandidaturen auf 608 zu wählende Deputirte, ist eine starke Zunahme an die Kritiklosigkeit der Wählermassen. Auch Radikale, d. i. entschiedene Republikaner oder auch solche, die dem Opportunismus huldigen, werden unterführt, sofern sie der erwähnten Bedingung genügen. Demokraten, Radikale und Monarchisten werden also in der gleichen Rubrik aufgeführt, sofern sie den Bourgeoisinteressen dienen. Dies ist für uns ziemlich belanglos, wichtiger ist es, daß die Regierung oft auch Arbeiter-Kandidaturen unterläßt — was Folge einer stillschweigender Vereinbarung oder eines Einverständnisses mit den betreffenden „guten Sozialisten“, Kooperativaposteln u. d. Das auf dem Kongreß in Gremona, der für die Luzzati und Genossen einen so läblen Ausgang nahm, Herr Luzzati, Grminister und bürgerliches Finanzgenie, selbst erschienen war, um Stimmen zu fangen, wissen Ihre Leser bereits.

Erwähnungswürth sind folgende Kandidaturen: Zurati, der Redakteur der „Critica sociale“ (Soziale Kritik) in Mailand, Raffaele in Montecchio (nicht, wie fälschlich berichtet wurde, in Sizilien). — ein Possibilist, der sich jedoch einige Verdienste um die Arbeiterbewegung erworbt. Er ist die Stels der Kooperativen „der Institutionen der sozialen Gerechtigkeit“, Leonida Bissolati in Parma. In Ferrara hat man sich noch nicht entschieden. In Gento tritt Zurati oder Agnini auf. In Montecchio, S. Canzio, der für Erhöhung des Agio auf die Staatsrente eintrat; ein Radikaler, Niedergel mit dem Sozialismus, gehört aber nicht zur neuen Partei. In Modena wurde ein Prof. Salvioli aufgestellt, gegen das Versprechen für die Abkürzung und den Achtstundentag einzutreten. Ferner soll ein Mitglied der „alten Arbeiterpartei“, der Journalist Giuseppe Piani, man weiß noch nicht wo, kandidiren, gleichfalls ein Kooperativapostel.

Ein gewisser Fortschritt der Arbeiterbewegung ist bei der Aufstellung dieser oder jener Kandidatur nicht sichtbar. Die Differenzirung der Wählerschaft in Bourgeois und Arbeiter wird noch längere Zeit auf sich warten lassen. Es trifft hier niemand eine persönliche Schuld. Der Einheitsstaat ist aus den mißlungenen Versuchen kleiner Aufstände und Verschwörungen entstanden, — und die Bourgeoisie muß den ganzen bettelnden Anhang der Existenz, die sie auf dem Altar des Vaterlandes geopfert, noch unterhalten oder mit Versprechungen trösten. Die Zeit ist noch nicht gekommen, in der das Kleinbürgerthum den Wechsel der demagogischen korruptirenden Bertörungen wird einlösen wollen, wenn im ganzen Lande statt des Rufes der vergangenen Einheitskämpfe, das ungestüme „fuori al-anier“ (Hinaus der Fremde!) das revolutionäre: Nieder mit der Klassenherrschaft! erschallt, ein Ruf, der den Bestrebungen der Arbeiter eine wirksame Hilfe in Aussicht stellen wird. Wenn nicht bei Wahlen, so hat doch in theoretischer Hinsicht der Klärungsprozeß einen bedeutenden Fortschritt gegenüber früher verzeichnet. Es existirt nunmehr ein gemeinsames Organ mit entschieden sozialistischer Tendenz: „Lotta di Classe“. Es will den Klassenkampf verschärfen und ihn gegenüber der Bourgeoisie accentuiren und durch die Revolution die Staatsgewalt in die Hände der Sozialisten legen. —

Parteinachrichten.

Zum Reichstags-Kandidaten für den Kreis Bonn-Heimbach stellten unsere dortigen Genossen den Klempner Max Käthe in Alder auf; derselbe kandidirte in diesem Kreise schon früher — bei der Ershawahl am 26. September 1890 — und erhielt damals 328 Stimmen.

Delegirtenwahlen zum Berliner Parteitag. Im 17. h. h. Reichstags-Wahlkreis: Ernst Krause in Gsäu. Rüstern: T. e. h.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Dienstag, den 4. Oktober. Opernhaus. Tannhäuser und der Sängerkrieg auf Wartburg. Schauspielhaus. Der neue Herr. Lessing-Theater. Die Orientreise. Deutsches Theater. Der Risanthrop. Das Wunderkind. Berliner Theater. Die Goldprobe. Wallner-Theater. Der Mann im Monde. Bellealliance-Theater. Der Weiberkrieg. Kroll's Theater. Die Hochzeit des Figaro. Residenz-Theater. Der selige Loupinel. Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Schönroschen. Thomas-Theater. Onkel Träpfig. Adolph Ernst-Theater. Die wilde Madonna. Alexanderplatz-Theater. Die Liebe vor Gericht. Hierauf: Tannhäuser. National-Theater. Theodora. Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung. Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung. Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung. Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater. Die wilde Madonna. Gefangnisse in 3 Akten von L. Troppow. Coupletts von G. Görs. Musik von G. Steffens. Mit neuen Kostümen und Dekorationen aus dem Atelier des Herrn Lätkenmeyer in Coburg. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Alexander-Platz-Theater. Heute, den 1. Oktober: Zum ersten Male: Novität! Novität! Die Liebe vor Gericht. (Trial by Jury.) Operette in 1 Aufzug von W. S. Gilbert und Arthur Sullivan. Hierauf: Tannhäuser. Große Ausstattung. u. Gefangnisse. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Alexander-Platz-Theater. Heute, den 1. Oktober: Zum ersten Male: Novität! Novität! Die Liebe vor Gericht. (Trial by Jury.) Operette in 1 Aufzug von W. S. Gilbert und Arthur Sullivan. Hierauf: Tannhäuser. Große Ausstattung. u. Gefangnisse. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater. Wiederanstre des urkomischen **Bendix** in seiner neuesten Saisonnummer. „Man merkt's am Gang — Da ist was mang.“ Neu! Der feine Reiser. Neu! Berl. Lokalchwanz v. Max Wagner.

Circus Corty-Althoff. Berlin, Friedrich-Karl-Platz. Dienstag, 4. Oktober, Abends 7 1/2 Uhr: **Gr. Vorstellung.** Die 1fach-doppelte Springfahrschule, ger. v. 4 Damen. Das Ballspiel, Entree 2. Blumen-Altredo u. Louis. Auftreten der Schutzeleiterin Mlle. Vidal, der Clown 4 Gehr. Gantier, des Hochseilreiters Herrn Angelo, der Festtagmattiker 3 Gehr. Dunbar u. Sertain u. Patience, ungar. Jüngste, vorgeführt vom Direktor Pierre Althoff. Morgen, Mittwoch, Abends 7 1/2 Uhr: Große Vorstellung. Näheres die Plakate.

Passage-Panopticum. Fuß!! ein Riesenkind!!! Ohno Extra-Entrée. von 11-1 und 4-9 Uhr.

Castan's Panoptikum. Geöffnet von 9 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends. Dr. Hoesch, homöopath. Arzt. Lindenstr. 149, 8-10, 5-7, Sonntag, 8-10.

Fachverein der Tischler (Rigdorf).

Versammlung am Mittwoch, den 5. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Hoffmann, Bergstr. 183. Tages-Ordnung: 1. Vortrag der Herrn Koppe über „Produktion und Konsumtion“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Um rege Beteiligung ersucht. 908/1 Der Seauftragte.

Maler, Lackirer, Anstreicher und verwandte Berufsgenossen.

Combinirte Mitglieder-Versammlung sämtlicher Filialen Berlins. Mittwoch, den 5. Oktober, Abends 8 Uhr, in Schmiedel's Festsaal (Orpheum), Alte Jakobstr. 82. Tages-Ordnung: 1. Stellungnahme zur Wiedereröffnung der Fachschule. 2. Unser Arbeitsnachweis. 3. Verschiedenes. — In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ersucht um rege Beteiligung. 211/1 Der Einberufer.

Berein der Plätterinnen Berlins.

Dienstag, den 4. Oktober, Abends 8 Uhr **Grosse Versammlung** in Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstr. 77/79. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Woll. 2. Diskussion. 3. Vierteljahresbericht. 4. Wahl der Revisoren. 5. Bericht über die Kassaleiste. 6. Unser nächstes Vergnügen. 7. Verschiedenes. — Um recht recht regen Besuch bittet. 256/1 Der Vorstand.

Große öffentliche Versammlung des Vereins der Ost- und Westpreußen

am Dienstag, den 4. Oktober, im Lokale des Herrn Seefeldt, Grenadierstraße 33. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Vorchardt über die liberale Stadtverwaltung. 2. Diskussion. 3. Wahl der Revisoren. 4. Verschiedenes. Anfang der Versammlung Abends 8 1/2 Uhr. Die Genossen von Stuhm und Marienwerder sind hiermit speziell eingeladen. Gäste willkommen. 254/1 Der Vorstand.

Freie Vereinigung der Kaufleute.

Sonnabend, den 8. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr: **III. Stiftungs-Fest** im Concerthaus Sanssouci, Kottbuserstraße Nr. 4a. 188/1 **Großer Ball.** Theater-Aufführung: Ein Stündchen im Comtoir. Vollständig umgearbeitet und mit neuen Einlagen versehen. Für musikalische u. dekorative Beiträge sowie Ueberraschungen ist gesorgt. Billets à 50 Pf. (inklusive Tanz) sind zu haben in allen Zahlstellen der „Freien Volksbühne“ und bei Alfons Vorchardt, Wallstr. 89.

Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

Branchenversammlung der Schlosser Donnerstag, den 6. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Röllig, Neue Friedrichstraße No. 44. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Lütgenau über: „Das älteste Leben auf der Erde“. 2. Diskussion. 3. Vorschlag eines Beisitzers zum Vorstande. 4. Werkstattangelegenheiten und Verschiedenes. 5. Aufnahme neuer Mitglieder. Zahlreicher Besuch erwünscht. 227/1 Der Vorstand.

Charlottenburg!

Mittwoch, den 5. Oktober, Abends 8 Uhr: **Öffentliche Volks-Versammlung** für Männer und Frauen in Sabel's Westender Volksgarten, Kasanien-Allee Nr. 1 (Ecke Spandauer Chaussee) 340/2 Tages-Ordnung: 1. Letzt das Schandgesch noch? Referent: Reichstags-Abgeordneter Arthur Stadthagen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zu zahlreichem Besuch ladet ein Der Vertrauensmann.

Feen-Palast

Burgstraße, neben der Börse. **Gr. Spezialitäten-Vorstellung.** Morian-Trio, musikal. Excentriques, Curt Elito, Verwandlungs-Sänger u. Tänzer, Oceana de Pontelli, Produktionen a. hochgespannten Telephon-Drach, Miss Selina, die singende Luftsee, Leopard-Gruppe, Acrobaten etc. Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr. Entree 50 Pf.

Gratweil's Bierhallen

Kommandantenstraße 77-79. Täglich: Borussia-Konzert- und Komplet-Sänger. Gastspiel des Charles Randolf, Zauberländler und Gedankenleser à la Cumberland. Wochentags frei. Sonntags Entree 80 Pf. Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch. Zwei Säle für Versammlungen und Vergnügungen. sowie 6 Billards, 3 Kegelhäfen. F. Sodtke.

Maler, Lackirer, Anstreicher.

Versammlung am Dienstag, den 4. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr bei Penke, Blumenstraße 38. Tages-Ordnung: 1. Kasenbericht. 2. Vortrag. 3. Filial-Angelegenheit. 4. Verschiedenes. 213/1 J. A.: Der Vorstand. Ehrenerklärung. Ich erkläre hiermit, dass alles Schlichte, was ich meinen Eltern, dem Schankwirth A. Müller, Langestr. 46, nachgeredet habe, auf Unwahrheit beruht, und dass es rechtliche und reelle Leute sind. Hedwig Kolliska. Die dem Zeitungs-Spediteur Herrn Freisenstein zugefügte Beleidigung nehme ich hiermit zurück, und erkläre denselben f. e. Ehrenmann. Frau Kügg. [233]b Zum Anzuge empfiehlt in großer Auswahl 2289b sozialistische Bilder und Sprüche mit und ohne Rahmen Th. Mayhofer Nachf., Sozialdemokratische Buchhandlung, Berlin N., Weidenbergsweg 15 b.

Schöneberg.

Donnerstag, den 6. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Hamer, Hauptstraße 81: **Gr. öffentl. Volks-Versammlung** für Männer und Frauen für Schöneberg und Umgegend. Tages-Ordnung: 1. „Der Kampf gegen das Verbrechen“. Referent: Genosse Türk. 2. Diskussion. 3. Abrechnung von der Kassaleiste. 4. Verschiedenes. Zur Deckung der Unkosten Zellerfassung. 340/3 Um zahlreiches Erscheinen bittet Der Vertrauensmann.

Tanzlehrer und Tanzmaitre-Berein „Solidarität“.

Jeden Mittwoch, Abends 8 1/2 Uhr. Zusammenkunft bei Ehrenberg, Annenstr. 14 (Bereinslokal der Gastwirths-Gesellen). Kollegen, als Gäste, stets willkommen. Die Vereine Berlins und Umgegend werden ersucht, bei Engagierung von Tanz-Maitres unseren Nachweis zu benutzen. Anfragen etc. sind zu richten an Rich. Hartmann, Brunnenstr. 122a, Albert Fricke, Adalbertstr. 58 oder auch nach dem Vereinslokal. 382/1 Der Vorstand.

Für Krankenkassen: Schwesiger, Mitgliedsbücher, sowie sämtliche Klassenbücher, narschrisftlich, Statuten etc. sowie sämtliche Drucksachen, liefert die Buchdruckerei von Manrer & Dimmick, Elisabethstr. 55. 3069L

Das Kronenbräu

der Schloßbrauerei Schöneberg, Berlin W., bietet echten Biere vollen Ertrag, übertrifft vielmehr die meisten derselben an Gehalt und Geschmack. Das Kronenbräu ist ein vorzügliches Tafelbier, aus bestem Malz und feinstem Hopfen kräftig eingebrant. Die elegante Flasche ist eine Bierde jeder Tafel. 24 große Flaschen Kronenbräu 3 Mark. 30 kleine Flaschen Kronenbräu 3 Mark. 30 Flaschen helles Lagerbier 3 Mark. Pfand auf Flaschen wird nicht berechnet; dieselben bleiben Eigentum der Brauerei und sind unverkäuflich. 3067L Probe-Gesellungen stehen zu Diensten. Telephon-Anschluss: Amt Schöneberg No. 1. Schloßbrauerei Schöneberg. Berlin W.

GESCHAFTSHAUS S. HEINE

Die Firma besteht seit 1873. Leinen- und Elsasser-Baumwollwaren. Hemdentuch, Dowlas, Croisé, Damast, Piqué etc. Fortige Bettwäsche, Handtücher, Tischzeuge, Bettzeuge etc. etc. **Gardinen** Neue stilvolle Muster in grosser Auswahl zu massergewöhnlich billigen Preisen. **Gardinen-Rester** für 1, 2 oder mehr Fenster passend, äusserst wohlfeil. Neuheit in Tischdecken, Bettdecken, Schlaf- und Reisedecken. BERLIN, N. CHAUSSEESTR. 14.

Gardinen-Fabrik Bruno Güther

aus Plänon i. Sachs. Grüner Weg 80, partiere. Eing. v. Hut (zw. Andreas- u. Köpenick) offerirt zum als Spezialität bevorstehenden Wohnungswechsel: Engl. Tüll-Gardinen an 2 Seit. Bandfesten, in 2te. v. 45 Pf. an h. j. d. elegantesten. Gestickte Schweizer Tüll-Gard., Mull- u. Tüll-Gard., Zwirn-Gard., Kongressstoffe, sowie Stores u. Decken jeder Art. 1000 Gardinen-Reste in all. Genres j. 1-4 Fenster passend, unter dem Selbstkostenpreise. Sopha, Tisch, Kommoden, Bett- u. Steppdecken, Rouleauranten und Stoffe in gr. Auswahl. Neuheiten treffen tägl. ein. Alles eigenes Fabrikat. 2976L Günstige Omnibus-, Pferde- und Stadtbahn-Verbindung.

Volks-Seife

mit den Bildnissen bekannter Volksmänner. Preis: Stück 10 Pf., 6 Stück 50 Pf. 2974L Vortheilhafteste Seife für den Hausgebrauch. Für Wiederverkäufer d. d. Haupt-Agentur Max Koehler, Dresdenstr. 33, 11

Färberei u. chemische Waschanstalt R. KNAPP

Moritzstr. 10, fährt v. 2,50 M. an in allen Farben Damenkleider, Mäntel, Herren-Neberzieher, Röcke, gang oder getrennt, Möbelsstoffe, Kilo 2 M., Bettdecken à Stück 1,25 M. Sämtliche Herren- und Damen-Garderobe sowie Möbelsstoffe jeder Art werden chemisch gereinigt. Herren-Anzüge reinigen und bügeln 2,50 M

Dechant's Welthippodrom

Sammelplatz fechtlicher Gesellschaft der Wörtherstraße gegenüber. Höchst amüsante u. interessanter Aufenthalt. 24 hochelegante bestdressirte Pferde. Brillante Ausstattung. 49/1 Täglich: Großes Damen-Reitfest u. Herren-Corjo à la Wien bei Concert und Reitmusk. Damen-Reitkleider gratis. Ununterbrochen von 6-11, Sonntags von 4-8 Uhr. Entree 20 Pf. Reittour 30 Pf.

Von der Cholera.

Im Stromgebiet der Oder hat der dazu berufene Staatskommissar für die Gesundheitspflege, abgesehen von der bereits eingerichteten Ober-Kontrollstation I zu Gartz a. O., folgende Kontrollstationen errichtet: 1. Ober-Kontrollstation II in Schwedt a. O. Oberstromstrecke von Ruppelshöhe bis Hohenfaathen. Vorstand: Stabsarzt Dr. Kieder. 2. Ober-Kontrollstation III in Küstrin. Oberstromstrecke von Hohenfaathen bis Lebus. Vorstand: prakt. Arzt Dr. Fouscher mit Unterstützung durch den prakt. Arzt Dr. Loricohn und Assistentenarzt Dr. Bied. 3. Ober-Kontrollstation IV in Frankfurt a. O. Oberstromstrecke von Lebus bis zur Einmündung des Friedrich-Wilhelmskanals. Vorstand: prakt. Arzt Dr. Haschdorf mit Unterstützung durch den prakt. Arzt Dr. Baswin. 4. Ober-Kontrollstation V in Fürstentberg a. O. mit Neben-Kontrollstation für den Ober-Spreekanal bei Schleiße O. Oberstromstrecke vom Friedrich-Wilhelmskanal aufwärts und Ober-Spreekanal. Vorstand: Stabsarzt Dr. Oberwiesing mit Unterstützung der pr. Ärzte Dr. Brandt und Dr. Maire. 5. Barthe-Kontrollstation I in Küstrin. Barthe von der Mündung aufwärts bis Richtenwerder. Vorstand: pr. Arzt Dr. Wichterl mit Unterstützung durch den pr. Arzt Dr. Nieperath jun. 6. Barthe-Kontrollstation II in Landberg a. W. Barthe von Richtenwerder aufwärts. Vorstand: Stabsarzt Dr. Appelius. Außerdem ist zur gesundheitlichen Ueberwachung des Schiffverkehrs auf der Ucker eine Neben-Kontrollstation „Am Uckerkanal“ errichtet worden. Vorstand: Assistentenarzt Dr. Brodder zu Uckermünde.

Dem Kaiserlichen Gesundheitsamt vom 1. bis 3. Oktober, Mittags, gemeldete Cholera-Erkrankungs- und Todesfälle:

Staat und Bezirk	Ort	Datum:			
		29./9. erkrankt	29./9. gestorben	30./9. erkrankt	30./9. gestorben
Hamburg	Hamburg	33	24	47	14
Preußen:					
	Schleswig-Mecklenburg-Schwering	9	9	6	4
	Altona			10	8
	Boizenburg			4	1

Bereinzelte Erkrankungen:

Regierungsbezirk Schleswig: in der Stadt Mandelb., und 1 Ort des Kreises Stormarn 2 Erkrankungen, 2 Todesfälle.

Regierungsbezirk Stade: in der Stadt Stade und in Achim 2 Erkrankungen, 1 Todesfall.

Regierungsbezirk Stettin: in der Stadt Pöddichow und 3 Orten der Kreise Randow und Greifenhagen 2 Erkrankungen, 3 Todesfälle.

Regierungsbezirk Potsdam: in der Stadt Liebenwalde 1 Erkrankung.

Regierungsbezirk Koblenz: in der Stadt Koblenz 1 Todesfall.

Hamburg, 3. Oktober. Ähnlich werden 26 Cholera-Erkrankungen und 9 Todesfälle gemeldet; davon entfallen auf gestern 13 Erkrankungen und 9 Todesfälle. Die Transporte betragen gestern 24 Kranke und 1 Leiche.

In Altona kamen gestern eine Cholera-Erkrankung und drei Todesfälle, vorgestern 10 Erkrankungen und 8 Todesfälle vor.

In Veranlassung der weiteren Ausbreitung der Cholera in den Niederlanden ist die Einfuhr und die Durchfuhr von gebrauchter Leib- und Bettwäsche, gebrauchten Kleidern — mit Ausschluß der Wäsche und Kleider von Reisenden —, ferner von Säcken und Kumpen aller Art, von Obst, frischem Gemüse, Butter und sog. Weichläse aus den Niederlanden für das Hamburgische Staatsgebiet verboten worden.

Stettin, 3. Oktober. Ähnlicher Meldung zufolge ist bei einer am 1. Oktober hier gestorbenen Person durch die bakteriologische Untersuchung asiatische Cholera als Todesursache festgestellt worden. Ein weiterer Cholera-Todesfall ist bisher nicht zur Meldung gelangt.

Wien, 2. Oktober. Angesichts der bedrohlich gewordenen Lage an der russischen Grenze und des Ausstehens der Cholera in Pest fand gestern eine Sitzung des obersten Sanitätsrates des k. k. Reichsrates statt.

Pest, 3. Oktober. Der hiesige Magistrat hat, obwohl der Epidemie noch kein gefährlicher Charakter beizubringen, beschlossen, schon morgen mit dem Bau zweier schiffenartig fertig zu stellender Cholera-Baracken zu beginnen, sowie eine zweite Nothwohnung für solche Personen zu errichten, welche ihre Wohnung der Cholera-gefahr wegen räumen müssen. Der Verein von Nothkreuzern hat 75 Kranken-Transportwagen zur Verfügung. Von Sonnabend Abend bis Sonntag Nachmittag 4 Uhr wurden 18 unteropferverdächtige Symptome erkrankte Personen in das Baracken-Hospital gebracht. 6 Cholera-Kranke sind gestorben. Im Baracken-Hospital befinden sich zur Zeit 18 Cholera-Kranke.

Paris, 2. Oktober. Gestern sind in Paris 29 Cholera-Erkrankungen und 5 Todesfälle, innerhalb der Banneville 7 Erkrankungen und 5 Todesfälle vorgekommen.

Davre, 2. Okt. Gestern erkrankten hier 2 Personen an der Cholera, 3 sind gestorben.

Went, 2. Oktober. Nach hier eingegangenen Meldungen ist die asiatische Cholera in Mörbese, einer Gemeinde Ostpreußens an der holländischen Grenze, ausgebrochen. Die Zahl der bisher dort vorgekommenen Cholera-Todesfälle beträgt acht.

Antwerpen, 1. Oktober. Die Sebehörden haben beschlossen, die Ausfuhr der russischen Auswanderer, denen die Landung in Amerika verweigert wurde und die jetzt nach Europa zurückkehren, zu untersagen.

Amsterdam, 2. Oktober. Aus Rotterdam wird ein Cholera-Todesfall, aus Moarfen werden drei Erkrankungen gemeldet. In letzterem Orte sind insgesamt 11 Personen an der Cholera erkrankt, von denen 5 gestorben sind.

Stockholm, 3. Oktober. Das Kommerz-Kollegium hat die Verordnung vom 31. August 1892, nach welcher aus Dänemark kommende Schiffe der Quarantäne unterworfen werden, sowie die Verordnung vom 13. September, betreffend die Einfuhr von Eisenbahnwagen aufgehoben. Bezüglich des Güterverkehrs zwischen Helsingborg und Helsingör wird künftig eine Bescheinigung verlangt werden, daß die Güter in Dänemark in die Eisenbahnwagen verladen worden sind.

Neu aufgetreten ist die Cholera im russischen Gouvernement Rjelece. Vom 25. September bis zum 29. September sind dortselbst 18 Erkrankungen und 7 Todesfälle vorgekommen.

Parteinachrichten.

In Ehren Julius Krügers, der am 2. Oktober 1888 starb, legten am Sonntag die Breslauer Parteigenossen einen Kranz auf dessen Grabe nieder.

Der Durchbrenner Händler ist, wie aus Mannheim berichtet wird, in Chicago verhaftet worden.

Die Sozialdemokratie Württembergs hält ihre diesjährige Landesversammlung Sonntag, den 20. November von Vormittags 11 Uhr an in Eßlingen im Kugel'schen Festsaal ab. Die Tagesordnung enthält u. A.: Berichte des Landesvorstandes, Neuwahl desselben, Organisations- und Agitationsanträge, Anträge, welche auf der Landesversammlung Erledigung finden sollen, müssen bis spätestens 31. Oktober beim Landesvorstand eingereicht sein. Die Adresse desselben ist: A. Dietrich, Stuttgart, Heustiegstr. 30.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Herr Kunert wurde durch Urtheil der Strafkammer in Neustadt, O.-S., wegen Religionsvergehens (§ 196 St.-G.-B.) zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt. Es handelte sich um Aeußerungen, welche derselbe in einer Anfang Dezember 1890 stattgehabten Versammlung in Bezug auf den Werth der Kirchengedogmen gethan hat oder haben soll. Anträge, welche den Beweis der inneren Unwahrscheinlichkeit der imminierten, von Zeugen allerdings bestätigten Aeußerungen erbringen sollten (ein direkter Gegenbeweis war naturgemäß ausgeschlossen), wurden abgelehnt. Revision wird eingelegt werden.

Lokales.

Die Adressen der Mitglieder der Dreikommision welcher Wünsche und event. Beschwerden bezüglich des lokalen Theils des „Vorwärts“ zu unterbreiten sind, wollen wir hiermit wieder in Erinnerung bringen. Dieselben sind:

1. Wahlkreis: Paul Kröhn, Langestr. 72.
2. " Hellgermann, Solmsstr. 26.
3. " Graub, Wendenstr. 2.
4. " Hasched, Maslauerstr. 37.
5. " Schrend, Lebusstr. 10.
6. " Böhm, Görtelstr. 53.
7. " Batke, Greißwälderstr. 3.
8. " Jahan, Bergstr. 59.
9. " Schaaf, Bergstr. 19.

Für den 3. Wahlkreis werden wir um Aufnahme des Folgenden ersucht: Den Parteigenossen zur gefl. Nachricht, daß sich meine Wohnung nicht mehr Simonsstraße 22, sondern Fürststraße 11, 4 Treppen befindet. St. Friß, Tischler, Vertrauensmann.

Die Gedächtnisfeier, welche dem Tode des Sozialdemokraten des 1. Berliner Reichstags-Wahlkreises arrangirt wurde, lockte große Menschenmassen nach dem festlich decorirten Saal des Zeen-Palastes. Etwa 5000 Genossen und Genossinnen fanden sich ein, von denen schon um 1/2 Uhr viele feinen Sitzplätzchen mehr erhielten. Säle und Galerien vermochten die Andrängenden kaum zu fassen. Ein dunkelrothes, lebensvolles Bild bot sich dem Auge des Beobachters. Eingeleitet wurde das Fest durch einige gut durchgeführte Musikstücke. Um 9 1/4 Uhr begann, mit großem Beifall empfangen, der Reichstags-Adgeordnete August Bebel seine Festrede. Er führte aus: „Es sind nunmehr 14 Jahre verflossen, daß dem deutschen Reichstage ein Gesetz zur Verhütung unterbreitet wurde, welches dem „Reichsthaat“ das Brandmal der Schande ausdrücken sollte; ein Gesetz, das bestimmt war, eine große politische Partei womöglich zu erwürgen; ein Gesetz, das in Widerspruch stand mit allem, was die Rechtslehrer der herrschenden Klassen, die Rechtslehrer der Bourgeoisie bis dahin vertraten. Ein solches Gesetz wird nicht nur nichts die nichts geschaffen, es müssen bestimmte Bedingungen dafür vorhanden sein. Mit dem Ergebnis der ersten Wahlen nach dem Siege Deutschlands im französisch-deutschen Kriege konnte die deutsche Bourgeoisie sehr zufrieden sein; die Sozialdemokratie konnte nur einen Vertreter in den Reichstag bringen, ihre Stimmzahl war eine kleine. Man erlebte nach dem Kriege einen Aufschwung in Industrie und Handel, wie er nie geahnt worden. Die konnten die Herrschenden in einer so glücklichen Zeit annehmen, daß die inneren Feinde an Zahl zunehmen könnten! Da erfolgte 1873 der große Krah, die Bourgeoisie trauerte in Saal und Küche. Bei den Wahlen im Jahre 1874 wurde eine dreimal so große Stimmzahl auf Seiten der Sozialdemokratie gezählt, wie drei Jahre früher, und das, als diese in zwei sich feindliche Parteien gespalten war. Die Begeisterung für die sozialistischen Ideen wurde größer und mit ihr das Bestreben, die zerplitterten Kräfte unter einer Fahne zu sammeln. Der Zusammenstoß der feindlichen Brüder im Jahre 1875 war eine Zuchtfrage, welche der Bourgeoisie zu denken gab. Neue sozialistische Blätter, neue Vereine, neue Gewerkschaften entstanden allenthalben. Diesen Lebensimpulsen der Arbeiterklasse gegenüber wurden die Regierenden der Meinung, daß das gemeine Recht mindestens verschärft werden müsse. Herr von Gulemburg der Kellere brachte eine Vorlage im Reichstag ein, nach welcher einige Paragraphen so verschärft werden sollten, daß sie einem Ausnahmefall gleich gekommen wären. Dieser Vorschlag der Regierung wurde aber mit großer Majorität abgelehnt. Noch schreckte die Bourgeoisie vor allzu scharfen Maßregeln zurück. Bei den Wahlen im Jahre 1877 konnte die Sozialdemokratie schon mehr als eine halbe Million Stimmen aufweisen. Die Partei war eine Macht geworden, mit der zu rechnen war. 1878 im Februar und März fanden in Berlin gelegentlich der Verhandlungen zweier Genossen große Demonstrationen statt. Most, damals ein tüchtiger Agitator der Sozialdemokratie, betrieß zur selben Zeit eine energische Propaganda für den Austritt aus der Landesliste. Die Abstimmung in den höheren Regionen wurde durch dies alles auf das Höchste getrieben. Da erfolgte im Mai Hübels Attentat. Es kam zu gelegener Zeit. Bismarck telegraphierte von Friedrichsruh: Ausnahmefall gegen die Sozialdemokratie. Damit war die Situation klar. Nach neun Tagen hatte der Reichstag schon eine Vorlage für ein Ausnahmefallgesetz in den Händen. Der Redner gibt nun eine lebhaft Schilderung aller der Vorgänge und Ereignisse, die während und nach der Zeit der Attentate in Deutschland sich abspielten und schließlich die Annahme des Sozialistengesetzes mit großer Mehrheit am 19. Oktober 1878 zur Folge hatten. Der Verkündung des Gesetzes am 20. Oktober und dessen Inkrafttreten am 21. Oktober folgten Schlag auf Schlag die Gewaltmaßregeln, die bestimmt waren, die Partei zu vernichten. Auf diese Maßregeln und die ihnen folgenden Ereignisse in der

zweijährigen Dauer des Gesetzes geht der Redner näher ein und weist nach, daß wie hart dieselben auch eine große Zahl einzelner Genossen getroffen, die Partei selbst sie siegreich überwand und an innerer Kraft und äußerer Ausdehnung nur gewann, bis sie endlich am 20. Februar 1890 mit ihren 1 424 000 Stimmen als die stärkste Partei Deutschlands auf der Bühne erschien. Damit war das Gesetz vernichtet. Nur ein kurzschichtiger konnte noch an die Aufrechterhaltung eines solchen denken und dieser kurzschichtige war Bismarck. Aber seine Stunde hatte geschlagen, vor der siegenden Sozialdemokratie mußte er den Platz räumen. Nun, dieselben Faktoren, welche die Partei zur mächtigsten in Deutschland machten, sie wirkten weiter, die moderne Staats- und Gesellschaftsordnung bildete die Wurzel, aus der sie immer neue Kräfte sangle. Es wurde gesagt, die Sozialdemokratie sei Reformpartei geworden und nicht mehr revolutionär. Nichts sei irriger als das. Die Partei ist was sie war und sie bleibt was sie ist, sie ist ihrer inneren Natur nach eine revolutionäre Partei. Eine Partei, die sich auf die Arbeiterklasse stützt, muß revolutionär sein, oder sie ist überhaupt nicht. Die Sozialdemokratie kann als politische Partei erst verschwinden, wenn sie ihre geschichtliche Mission erfüllt hat, und diese besteht in der Beseitigung der Zustände, in denen sie ihre Wurzel hat, in der Herbeiführung von Verhältnissen, welche die Freiheit, die Gleichheit und die Gerechtigkeit für alles was Menschenangestrichelt trägt verbürgen. Was wir erlangen, ist sehr wenig gegen das, was noch zu erlangen ist. Der schwerste Kampf steht uns noch bevor. Aber der Sieg gehört uns, mögen unsere Feinde thun was sie wollen! Einräuscher, langanhaltender Beifall folgte diesen Ausführungen. Der 250 Mann starke Sängerkorps sang darauf die Marseillaise. Mächtig durchbrausten die den Anwesenden so lieben Töne den weiten Saal und erhöhten noch die Begeisterung. Lauter Beifall folgte auch diesem Vortrage. Das Konzert fand dann seinen Fortgang, nur daß sich jetzt die Sänger auch vernehmen ließen und einige der schönsten Arbeiterlieder zum Vortrage brachten. Es gelangte dann das Festspiel: „12 Jahre der Verbannung oder des Ausgewiesenen Heimkehr“ zur Darstellung. Der Dichter selbst hatte es übernommen, seine episch-dramatische Dichtung zum Vortrage zu bringen, während der „Verein für volkstümliche Kunst“ unter Leitung seines Vorsitzenden Friß Hansen in zwölf recht gut gestellten lebenden Bildern die Illustrationen dazu gab. Der große Beifall, welcher dem Vortrage jedes mit einem lebenden Bilde abschließenden Theiles der Dichtung folgte, bewies, wie gut es Dichter und Darsteller verstanden, die Leiden der Familie eines Ausgewiesenen und die Freuden des Wiedersehens dem aufmerksamsten Kreise der Genossen und Genossinnen vorzuführen. Mit einem Male schloß die dritte Todtenfeier des Sozialisten ab. Sie wird ob ihres schönen Verlaufes ihren Theilnehmern noch lange in Erinnerung bleiben.

Die Brotpreise in Berlin bilden in der deutschfreisinnigen Wochenschrift „Die Nation“ den Gegenstand einer langen Abhandlung. Dieselbe schlägt offene Thüren ein, wenn sie die agrarischen Behauptungen, daß nicht die Kornhöfe, sondern die Bäcker das Brot vertheuern, zu widerlegen sucht. Es soll anknüpfen an die Anweisung des Ministers an den Berliner Polizeipräsidenten, zu berichten, ob und inwiefern die Bäcker dem Sinken der Getreidepreise Rechnung getragen haben, dieser Nachweis gefügt werden durch Veröffentlichung der Ermittlungen des Polizeipräsidenten und des Statistischen Amtes in den Monaten vom Januar 1891 bis August 1892. Die Anweisung des Ministers will von dem Ausfall des Berichts die Ermöglichung abhängig machen, ob das Polizeipräsidentium von den §§ 73 und 74 der Gewerbe-Ordnung Gebrauch machen solle, welche der Orts-Polizeibehörde das Recht gewährt, die Verkäufer von Backwaaren anzuhalten: „Die Preise und das Gewicht ihrer verschiedenen Backwaaren für gewisse, von denselben zu bestimmende Zeiträume durch einen von ihnen sichtbaren Anschlag am Verkaufstotal zur Kenntniß des Publikums zu bringen.“ Wir haben stets befürwortet, daß von dieser Bestimmung Gebrauch gemacht würde, ohne Rücksicht auf den Nachweis, den der Minister erst gefügt wissen will. Es ist nicht einzusehen, warum Käse, Butter, Gänse u. s. w. nach Gewicht verkauft werden. Roggenbrot aber nach Stückchen, gefügt selbst die „Nation“ zu. Sie behauptet selbst, daß die Bäcker mit dieser Art des Verkaufs dem Publikum einen Dienst erweisen würden. Aber die Manchesterpölpel des „freisinnigen“ Blattes wüdeln nicht, daß dieses auf polizeiliche Anordnung geschehe. Von dem guten Willen der Bäcker wird die Einführung des Verkaufs nach Gewicht verlangt. Ganz ebenso wie die „freisinnigen“ Manchestermänner die Sonntagsruhe, die Verkürzung der Arbeitszeit, die Besserung der Löhne von dem guten Willen und der besseren Einsicht der Unternehmer abhängig wissen wollen! Der Einwand der „Nation“, daß die polizeiliche Bestimmung des Verkaufs nach Gewicht gegen den Willen der Bäcker keinen Erfolg haben werde, ist hinfällig. Sie meint: „Es gibt ein einfaches Mittel, dessen sich die Bäcker bedienen können und auch bedient haben, die lästige polizeiliche Vorschrift illusorisch zu machen: sie schlagen einen höheren Preis und ein niedrigeres Brotpgewicht als thatsächlich bei ihnen üblich, öffentlich an.“ Ein derartiger Versuch mag, und auch das nur kurze Zeit, in einer kleineren Stadt bei einer Vereinigung der Bäcker gelingen. Derartige Preise müßten, um die Polizeiverfügung illusorisch zu machen, so hoch sein, daß das Publikum sie überhaupt nicht ernst nähme, sonst würde der Bäcker sich wohl hüten, fälschlich anzukündigen, daß sein Brot kleiner oder daß das Pfund Brot theurer sei, als es wirklich ist. Die Konkurrenz würde ihm recht bald zwingen, den Versuch aufzugeben, der behördlichen Anordnung ein Schnippen zu schlagen.

Die bevorstehenden Gewerbegerichts-Veränderungen haben auch die Bediensteten der Pferdebahnen mobilisiert, zum nicht geringen Verdrusse der „maßgebenden Kreise“. In der am 12. September stattgehabten Versammlung haben auch diese Arbeiter ihre Kandidaten aufgestellt. Knüpfend an den in der „Allg. Fabr.-Ztg.“ über diese Versammlung erschienenen Bericht bringt das „Nachblatt“, die „Streckenbahn“, den ganzen Woll der gedachten „maßgebenden Kreise“ sichtbar zum Ausdruck, indem es schreibt:

Der Bericht klingt und recht komisch in Betreff der Neuherlichkeiten. Wir bezweifeln keinen Augenblick, daß es unter den Angehörigen der hiesigen Pferdebahn-Gesellschaften eine ganze Anzahl von Sozialdemokraten giebt und selbstverständlich ist es eines jeden Mannes Recht, seine eigene Meinung zu haben und zum Ausdruck zu bringen. Dagegen wissen wir, daß der überwiegende Theil dieser Angehörigen und zwar, daß gerade die älteren und erfahrenen Leute der sozialistischen Bewegung durchaus abhold sind und einen nicht geringen Einfluß auf ihre jüngeren Kollegen ausüben. Die Leute werden auch sehr wohl wissen, wie falsch die Voraussetzungen sind, auf welchen die Redner des Abends bahten, sie wissen, daß es ein großer Unterschied ist, ob Brauereigewerkschaften oder Pferdebahngewerkschaften und Schaffnerstreiken: so dumme ist keiner, daß er sich nicht sagt, ein gelehrter Brauer sei viel schwerer zu erziehen, als der mechanische Angestellte einer Pferdebahn; Jeder kann sich an den Fingern abzählen, daß bei einem Ausstände für jeden Streikenden 10 Ersatzmann vorhanden sind

und daß die heutige Zeit einer gewaltigen Behinderung des Eintrits von Organismen keineswegs günstig ist.

Die Herren Redner und Agitatoren nehmen es mit der Verantwortung, Familienväter unglücklich zu machen, sehr leicht gelaubt hat dies nach unserer Meinung gar nichts auf sich, denn wir glauben gar nicht, daß die Pferdebahnenbeamten, welche anwesend waren, die Begeisterung von welcher berichtet wird, an den Tag gelegt haben, sondern wir sind überzeugt, daß das donnernde Hoch auf die Arbeiterbewegung von den Herren Klein, Faber und den Gewählten allein gedonnert wurde, während noch einige der Anwesenden verstockt mitdrummen. Wir glauben auch, daß es den Agitatoren nicht gelingen wird, bei dieser Gelegenheit im Trüben zu fischen und Gewinne für ihre Partei einzuharfen.

Von anderer Seite, so berichtet die „Straßenbahn“ weiter, wird uns hierzu geschrieben:

In Berlin wird ein Rußland der Straßenbahn-Bediensteten eingeleitet versucht. Zunächst suchen die Aufwiegler bei den Bediensteten dadurch Unzufriedenheit zu erregen, daß sie unter ihnen den Feind verbreiten, nach dem Kleinbahnengesetz, sowie nach 24-jährigem Bestande ihres Betriebes seien die Unternehmer zur Einrichtung von Pensionen aus eigenen Mitteln verpflichtet. Sodann hätte jüngst der Stadtvorordnete Klein eine Verammlung abgehalten, in welcher das Ausbleiben einer Sonntagstrabe, zu harte Arbeitsbedingungen, zu geringe Löhne als Grund der Unzufriedenheit bezeichnet wurde. Es kam schließlich zur Wahl eines Agitationskomitees, in welches seltener Weise fast nur Personen gewählt wurden, welche zu hiesigen Bahnbetrieben in keinerlei Dienstleistung sich befinden. Selbst unter den Bediensteten sollen Pferdebahn-Bedienstete die Minderheit gestellt haben. Man sieht, wie es gemacht wird und fragt sich, wie die feierlichen Arbeiter ihre Ansprüche ins Freie des Sonntags bewerkstelligen wollen, wenn die Verkehrsbehörde ruhen. Sie sollten doch lieber erst die Ansbekämpfung der Verkehrsbehörde an den Arbeiter-Arbeitsagen dadurch beweisen, daß sie und ihre Familienangehörigen der Benutzung von Fahrgelegenheiten, des Besuchs von Schaustellungen sich an den Ruhetagen gänzlich enthalten. Wenn sie diese Selbstüberwindung besitzen werden, wird erst die Zeit gekommen sein, die Sonntagstrabe für die Verkehrs- und Schaustellungen durchzuführen.

Durch vorstehende redaktionelle Notiz beweist die Redaktion der „Straßenbahn“ ihre vollständige Unkenntnis der Verhältnisse in den Kreisen der Pferdebahn-Bediensteten. Und aus diesem Grunde muß ihr das Verhalten derselben allerdings „komisch“ erscheinen. Daß sie jedem Manne das Recht einräumt, seine eigene Meinung haben zu dürfen, ist sehr hübsch und nett von ihr, ob aber die Herren Vorgesetzten der Gesellschaften derselben Meinung sind, daß es eine andere Frage, die wir — nach den gemachten Erfahrungen zu urteilen — umdweg verneinen können. — Das Blatt debattiert: Es sind unter den Angestellten noch eine ganze Anzahl von Sozialdemokraten vorhanden, aber die überwiegende Mehrheit ist der sozialistischen Bewegung abhold und zu dieser gehören gerade die älteren und erfahrenen Leute, die wiederum einen großen Einfluß auf die jüngeren Kollegen ausüben. Aus diesem Grunde ist es auch unwise, daß die in der Versammlung anwesenden Pferdebahn-Bediensteten sich für das von dem Stadtvorordneten Klein gehaltene Referat so — wie behauptet wird, — begeistert haben, sondern es ist viel eher zu glauben, daß diese bei der von den Arrangements der Versammlung und ihresgleichen aus gesprochenen Begeisterung nur verstoßen „mitgebrannt“ haben. Hieraus ist aber jener zu schließen, daß diese sozialdemokratischen Agitatoren ihren Zweck nicht erreichen werden, der darin besteht: die Pferdebahn-Bediensteten aufzuwecken.

Die Abfertigung der „Straßenbahn“ und ihrer Hintermänner hat die „Allg. Fabr.-Ztg.“ wie folgt befragt:

Wenn das Blatt dies in der That glauben sollte, so wollen wir es in diesem Munde nicht führen; sollte es dagegen auch noch der Meinung sein, daß die Pferdebahn-Bediensteten sich einschließen lassen werden, so befindet es sich auf dem Holzwege. Wir sind in der Lage, der „Straßenbahn“ versichern zu können, daß an dem Zurückdrängen der sozialistischen Ideen bei den Pferdebahn-Bediensteten, nur lediglich die von den Direktoren in ganz rigoroser Weise eingeschlossene Furcht, in Gestalt von „einfachen“ Entlassungen, schuld sind und daß dies auch der Grund ist, weshalb die Herren sich scheuen, selbst Versammlungen einzuberufen und die Leistungen in denselben zu übernehmen. Darin sind wir mit der „Straßenbahn“ aber einig, daß die älteren Angestellten in der Lage sind, einen großen Einfluß auf ihre jüngeren Kollegen auszuüben und so viel wir wissen, hervorzuholen auch den ausgiebigsten Gebrauch machen. Dagegen bestreiten wir, daß gerade die älteren Leute den sozialistischen Ideen abhold sind, oder gar feindlich gegenüber stehen. In Gegen teil! Gerade diese sind es, welche den jüngeren Kollegen, die noch nichts — als höchstens ihre Arbeitsstelle — zu verlieren haben, mit dem Lehren des Sozialismus vertraut machen. Die „Straßenbahn“ sollte auch wissen, daß die Pferdebahn-Bediensteten mit Verleihen solche Leute als Kämpfer und Arbeiter einstellen, welche vom Militär entlassen worden. Und was diese während ihres drei- oder vierjährigen Militärdienstes in den „Pensionskolonnen“ vom Sozialismus gelernt haben können, dürfte denn doch nicht allzuweit her sein, wenigstens nicht soweit, daß sie ihre älteren Kollegen Unterricht darin erteilen könnten. Bestenfalls ist also Aufgabe der älteren Kollegen, und diese sind auf dem besten Wege dazu, unumwunden auch öffentlich an allen interessierenden Fragen sich zu betheiligen, ungeschädigt der ihnen drohenden Maßregelungen. Sie wissen aber auch sehr wohl, daß die gesamte Arbeiterschaft jederzeit hinter ihnen steht und sie in jeder berechtigten Forderung unterstützen wird. Insbesondere wird dies bei event. Maßregelungen zc. der Fall sein. Die Angestellten der Pferdebahnen wissen auch ebenso genau, auf welcher Seite ihre Unterstützer und „Aufwiegler“ und wo diejenigen wohnen, die die Verbesserung ihrer sozialen Lage im Auge haben. Sie werden daher in Zukunft auch mit noch viel größerer Begeisterung dem Ziele zustreben, wo sie die Verwirklichung der wahren Menschenrechte finden, nämlich der — Sozialdemokratie.

Ueber die augenärztliche Untersuchung der Böglinge des städtischen Waisenhauses und der Zwangs-Erziehungs-Anstalt zu Rummelsburg im Jahre 1891/92 berichtet der Augenarzt Dr. Siler im „Gemeindeblatt“. Im Waisenhaus fand er einen normalen Bau des Auges nur bei 65 pCt. aller Böglinge. Bei den Knaben wurde in der Mehrzahl der Fälle eine wesentliche Besserung der Sehschärfe durch Verabreichung von Breien erzielt. Jedoch blieb selbst nach Korrektur der optischen Fehler die Sehschärfe immer noch bei 12 pCt. unter 1/2 der normalen Sehschärfe und bei verschiedenen sogar unter 1/4. Der Inhaber einer Sehschärfe von 1/4, sagt der Bericht, wird sich verschleuderte Berufszweige, z. B. Tischler, Buchdrucker zc., verfolgen müssen; ergreift er sie dennoch, so wird er als Verdingling vielleicht ankommen, im späteren Leben aber der Konkurrenz nur schwer gewachsen sein. In der Zwangs-Erziehungs-Anstalt lagen die Verhältnisse noch bedeutend ungünstiger. Normal war das Auge nur bei 68 pCt. unter 1/2 der normalen Sehschärfe hatten selbst bei Zahlensphäre von Gläsern noch 15 pCt. Ueber den Nutzen dieser Untersuchungen sagt der Bericht: „Jedenfalls hatten die Knaben von der Untersuchung den Vortheil, daß sie auf ihre Augen aufmerksam gemacht wurden, daß sie Rathschläge für spätere Berufsarten erhielten, und daß die Lehrer erfuhr, wer wirklich schlecht sah und deswegen vielleicht nicht Geringes leistete und bei wem letzteres an einem anderen Grunde lag.“ Dr. Siler macht diese Untersuchungen nicht im Auftrage des Magistrats, sondern mit dessen Erlaubnis zum Zweck von Privatstudien. Eine obligatorische Untersuchung hält der Magistrat trotz der obigen, auch im vorjährigen Bericht bereits hervorgehobenen Vortheile nicht für notwendig. Von einer augenärztlichen Untersuchung aller Schulkinder würde er dann noch weniger wissen wollen. Es ist

also manchmal in gewissen Fällen ein Glück, ein verwahrlostes oder ein Waisenkind zu sein. Diese Kinder werden wenigstens auf ihre Augen aufmerksam gemacht.“ Können von den Lehrern in ihren Leistungen richtiger beurteilt werden, entgehen unbedeutendem Tadel, nehmen, wenn sie nunmehr entsprechend behandelt werden, mit mehr Erfolg an dem Unterricht Theil und brauchen, der Schule entwachsen, keinen Beruf zu wählen, den sie nachher nicht ausfüllen können. Bei den übrigen Kindern scheint das alles nicht nötig zu sein.

In der Zwangs-Erziehung sind nach dem im „Gemeindeblatt“ vom Berliner Magistrat veröffentlichten Verwaltungsbericht im Jahre 1891/92 in Berlin 67 Kinder (49 Knaben, 8 Mädchen) überwiesen worden. Davon sind 26 1/2 pCt. unehelich geboren. Die strafbaren Handlungen, welche die gerichtliche Ueberweisung zur Zwangs-Erziehung zur Folge hatten, waren: Diebstahl oder Betrug bei 50 Kindern; Unzucht, Körperverletzung, Brandstiftung bei 7 Kindern. Selbstverständlich handelt es sich hier nur um verwahrloste Kinder von Verwahrlosten. Die verwahrlosten Kinder der Verwahrlosten kommen nicht in städtische Erziehungsanstalten, sondern in Privatpensionen. Sie werden auch fast niemals den Verhältnissen zugeführt, um für ihre „strafbaren Handlungen“ abgerichtet zu werden. Die Kinder der Verwahrlosten sind nämlich meist aus Noth mit den Geistes in Konflikt gekommen (vergleiche oben: 50 Kinder unter 67), die Kinder der Verwahrlosten dagegen aus Uebermuth, Neugier u. s. w. Das ist der Unterschied!

Im Krankenhaus Moabit sind am Sonntag keine neuen Erkrankungen vorgekommen und auch keine choleraverdächtige Personen in das Barackenlazareth eingeliefert worden. — Auch vom Montag lauten die Berichte günstig. Es wurden zwar fünf Personen eingeliefert, doch sind dieselben der Cholera nicht verdrächtig. Gestern wurden 16 Personen entlassen; Bestand 43 Personen.

Erstschossen. Am letzten Sonnabend, den 1. Oktober, hat sich Vormittags 11 Uhr im Hause Reibstr. 15 ein Verhängnis, sehr häßliches Mädchen, Maria K., erschossen. Früher in K., an der die Brüder trotz eines vor 6 Monaten ausgeführten Verdictes nicht die gewohnte Heiterkeit bemerkten, war theatralischen Darstellungen zugeneigt, woan einige ihrer schönen Photographien demselben Kunde geben. — Sonnabend gegen Mittag machte die Unglückliche ihrer Freundin, einer Frau L., welche in demselben Hause wohnt, einen Besuch und erbat sich ohne Verzug einen Band des Konvulsions-Verfalls. „Suchen Sie sich gefälligst selbst, was Sie brauchen, Fr. M.“, sagte die Freundin, die gleich darauf geschäftig zur Küche eilte. Nach kaum einer Minute fiel ein Schuß und Fr. M. war augenblicklich eine Leiche. Die Waffe, deren Aufbewahrungsort sie in der Wohnung der befreundeten Familie L. längst gekannt, hat sich die schöne Selbstmörderin fest an die rechte Schläfe gehalten. Die Kugel ist in den Oberkopf gedrungen und in demselben verblieben. Auf herzerweichendes Bitten ist die Leiche in der Wohnung der untröstlichen Mutter verblieben.

In Stücke gerissen. Ein schwerer Unglücksfall, bei dem leider ein Menschenleben zu beklagen ist, hat sich vorgestern Nachmittag auf dem Terrain der Farbenfabrik an der Köpenicker Chaussee ereignet. Dasselbst war der 26-jährige Fabrikarbeiter Raywaldt damit beschäftigt, die große, auf dem Hofe stehende Grundmauer zu dem. Auf bisher unangefasste Weise hatte sich plötzlich die Mauer gelöst, wodurch die Maschine in Bewegung gebracht wurde. Dem im Betriebe befindlichen Arbeiter war es nun nicht mehr möglich, aus der Maschine zu gelangen, er wurde von der großen Hauptwelle gefaßt und dazwischen herumgeschleudert, daß er schließlich in Stücke gerissen wurde. Als die Maschine abgestellt wurde, konnte man nur noch die entsetzlich zugerichtete Leiche des M. herausheben.

Ein wahnwüthiger Barbier. Freitag Morgen wurden die Kunden eines Barbiers in der Gassenstraße in nicht geringem Schrecken gesetzt, da sie während des Rasirens die Ueberzeugung gewannen, der Mann sei irrünftig geworden. Der Herr an der Thele war ein Beamter E., dem der Barbier, während er ihm mit dem Messer im Gesicht herumhantirte, erzählte, er habe das große Loos gewonnen. Mit dem gewonnenen Gelde wolle er die Schulden armer Leute bezahlen und mitten auf dem Schloßplatz hinter große Häuser für arme Leute bauen. Der Beamte getraute sich kein Wort zu erwidern und dankte Gott, als die Prozedur des Rasirens beendet war. Bei dem nächsten Kunden, einem Bauern, war das Benehmen des Barbiers noch auffälliger; der Bauer schloß den Mann, nachdem er sich nur halb den Bart hatte abnehmen lassen, nach Hause. Als der Wahnwüthige nun zu einem Fabrikanten kam und daselbst unter wüthen Reden mit dem Messer in der Luft umherführte, schloß die Leiche in ein anderes Zimmer, schloß die Thür zu und rief um Hilfe. Man brachte den Barbier in seine Wohnung, wo ärztliche Untersuchung und Ueberführung in das Krankenhaus veranlaßt wurde.

Eisenbahnunfall. Der Frankfurt-Berliner Schnellzug Nr. 5, welcher Frankfurt a. M. am 2. Uhr 15 Min. Nachmittags verließ und fahrplanmäßig in Berlin (Anhalter Bahnhof) am 12 Uhr 8 Min. Nachts eintraf, kam in der Nacht zum Sonntag, mit fast dreistündiger Verspätung, erst gegen 3 Uhr Morgens hier an. Den zahlreichen Passagieren, welche aus dem Anhalter Bahnhof Angehörige erwarteten, die mit dem betreffenden Zuge verkehrten, konnte nur die Mittheilung gemacht werden, daß der Schnellzug bei Halle a. S. auf einen Güterzug gestürzt sei und deshalb hier erst später eintreffen könne. Die über den Unfall beim hiesigen Stationsvorstand eingetragene amtliche telegraphische Benachrichtigung enthielt leider keine näheren Einzelheiten, so daß die über das Schicksal von mitreisenden Angehörigen höchst beunruhigten Verwandten in größter Aufregung des Gulausens des Schnellzuges harrten, ehe sie Gewißheit darüber erhielten, daß die Erwarteten mit dem Schreck, der Urruhe und dem Zeitverlust davon gekommen waren. Inzwischen sind über den Zusammenstoß Depeschen hier angetroffen, welche besagen, daß der fragliche Schnellzug am Sonnabend um 9 1/2 Uhr Abends zwischen Rummelsdorf und Halle auf drei Güterwagen gestürzt ist. Diese drei Wagen hatten sich aller Wahrscheinlichkeit nach von dem vor dem Schnellzug die Strecke befahrenden Güterzuge gelöst, ohne daß dies vom Fahrpersonal des letzteren bemerkt worden wäre, und sperrten nun das Gleise. Infolge des Zusammenstoßes brach die Räder des Schnellzuges-Raschens und die umhergeschleuderten brennenden Kohlen legten die Güterwagen in Brand. Die Passagiere und das Fahrpersonal des Schnellzuges blieben unverletzt. Diese erfreuliche Thatsache war zwar für die hiesigen Wohnbeamten schon daraus wahrscheinlich gemacht, daß die Anstöße des Unfallortes dem Stationsvorstande des Endpunktes, in diesem Falle also dem auf dem hiesigen Anhalter Bahnhof, keine dahingehende telegraphische Meldung gemacht hatte, zu der sie beim Vorliegen von Personenverletzungen verpflichtet ist, inwiefern wäre es aber im Interesse des durch derartige halbe Nachrichten beunruhigten Publikums dringend zu wünschen, daß auch dann, wenn bei dergleichen Unfällen niemand verletzt ist, bestimmte amtliche Mittheilungen gemacht würden.

Ihrer ganzen Baarhaft ist am Freitag Abend eine Frau Romoth, die sich mit ihren fünf unehelichen Kindern auf der Reise von Rügen in Dirschuppen nach Kiel befand, auf dem hiesigen Bahnhof Friedrichstraße beraubt worden. Auf der Station Alanklein besaß ein sehr anständig gekleideter Mann dieselbe Wagenabtheilung, in der Frau Romoth mit ihren Kindern Platz genommen hatte. Er verwickelte die Mutter bald in ein Gespräch und spielte auch den Kindern gegenüber den lebenswürdigen Onkel. Im Laufe des Gesprächs fiel, wie durch Zu-

fall, die sehr geschickt angebrachte Frage nach den Baarmitteln der Familie, und Frau Romoth ging in ihrer Vertrauensseligkeit so weit, ihm ihre Börse zu zeigen, die sie in einer Tasche mitführte, und davon die Mittheilung zu knäueln, daß ihr Ehemann eine Anstellung bei der Eisenbahn in Kiel gefunden habe, und daß die Familie auf der Reise zu ihm begriffen sei. Dem Verhalten der Mutter entgegen zeigten die Kinder ein merkwürdig zurückhaltendes Wesen. Auf sie schien das Sprichwort Anwendung zu finden: „Was kein Bestand des Verhältnisses sieht, das läßt oft in Einfall ein kindlich Gemüth“; sie konnten dem zukünftigen Onkel gegenüber nicht warm werden, beobachteten ihn vielmehr unangenehm mit misstrauischen Blicken. Da auf einmal streich er sich mit der rechten Hand über die Stirn und händigte den Kleinen als Spielzeug sein — rechtes Auge ein. Hierdurch war der Mann gebrochen; großer Jubel herrschte unter den Kindern, die das Auge, ein Glasauge, nicht genug ansehen konnten. Inzwischen war der Zug auf dem Bahnhof Friedrichstraße in Berlin eingelefen. Der Fremde hatte, nachdem die Kaufkraft der Kinder abgelenkt worden war, mit seinem gesunden linken Auge die Tasche der Frau Romoth, die den Gegenstand seiner Sehensucht barg, fortwährend beobachtet, läßt sie, als der Zug sich eben in Bewegung setzte, durch einen lähnen Schnitt und war, ehe die verblüffte Frau zur Besinnung kommen konnte, mit seinem Haupte aus dem Zuge herausgesprungen und verschwunden. Bößig mittellos langte die Familie in Charlottenburg an, wo man sich behördlich ihrer annahm und ihr die Mittel zur Weiterreise nach Kiel vorstreckte. Die Erziehung des freien Räubers dürfte durch das Kennzeichen des falschen Auges sehr erleichtert werden.

Ein Opfer der Morphiumsucht. Im zweiten Stock des linken Seitenflügels in dem Hause Kalowstraße 40 hatte die zwanzigjährige unverheiratete Alma Jung seit einiger Zeit Wohnung genommen. Sie hatte vorher als Kellnerin in dem Lokal von Timm in der Passage die Bekanntschaft des Kaufmanns Frig G. in der Charlottenstraße gemacht, sich mit diesem verlobt und ihren Beruf aufgegeben. Sie hielt sich in der Kalowstraße ein Dienstmädchen. Unter ihrer Wohnung hatte sich eine Dame eingenistet, die sich für die Ehefrau des Oberstenleutnants Detmann aus Lübeck, geb. Gräfin Bedow, ausgab. In der Nacht zum Donnerstag während des starken Gewitters klingelte es plötzlich in der Wohnung der Jung, die Frau Oberstenleutnant bat um Einlaß, da sie des Unwetters wegen Angst habe. Die Jung kam dem Wunsch nach, und beide Frauen waren nach der Darstellung des Dienstmädchens sehr heiterer Stimmung. Später soll die Jung über Schmerzen geklagt und geküßelt haben: „Ach, hätte ich nur Morphium.“ Am hat Frau D. ein kleines Fläschchen aus der Tasche hervorgeholt, und dem Dienstmädchen ist es so vorgekommen, als ob sie sich eine subtile Einspritzung an einem Bein gemacht habe. Was dann mit der Jung geschehen ist, weiß das Mädchen nicht; sie ist plötzlich umgefallen. Als das Mädchen nach einem Arzte laufen sollte, verschloß die D. die Thür und ließ sie nicht hinaus. Es stellte sich aber bei der Jung bald Krämpfe ein, und Frau D. eilte mit ihr, um ärztliche Hilfe zu beschaffen. Ob sie dies gethan hat, weiß man nicht, denn sie ist seit diesem Augenblicke noch nicht wieder gesehen worden. Das Mädchen hatte inzwischen den Kaufmann G. aus der Charlottenstraße geholt, der nunmehr drei Male zur Stelle schaffte. Diese glaubten in den zu Tage getretenen Erscheinungen diejenigen einer Morphiumvergiftung erblicken zu sollen. Die Jung, die nicht wieder zum Bewußtsein zurückkehrte und daher über den Vorgang nicht vernommen werden konnte, starb am nächsten Tage. Auf Grund der Anzeige des Stadtraths Dr. V. ist die Leiche durch die Staatsanwaltschaft beschlagnahmt und nach dem Schanhaus überführt worden. Die Untersuchung ist in vollem Gange. Der Verlobte der Jung will nun die ausführliche Bemerkung gemacht haben, daß der Schriftlich der Verstorbenen, der sonst stets mit peinlicher Sorgfalt verschlossen gehalten wurde, offengehalten hat, und daß der Inhalt durchwühlt worden war. Er hat hieran die Vermuthung geknüpft, daß der Besuch der Frau D. mit diesem Umstände in Verbindung zu bringen sei. Ob und inwiefern dies der Fall ist, und ob es sich überhaupt um die Frau eines Oberstenleutnants oder um eine andere Persönlichkeit handelt, steht noch nicht fest.

Behördlicherseits wird angenommen, daß beide Frauen morphiumvergiftet gewesen sind. Frau Detmann hat dem Kaufmann Jung, genannt Bartel, wahrheitsgemäß eine starke Einspritzung gemacht. Da Frau Detmann seit dem Eintritte der Katastrophe in dem Hause nicht mehr gesehen wurde, so lag die Vermuthung nahe, auch sie möchte ein Opfer des Morphium geworden sein. Die Polizei ließ daher die Wohnung öffnen, bemerkte aber nichts Auffälliges. Wie aber feststeht, hat sich Frau Detmann vorgestern Abend gegen 10 Uhr kurze Zeit in ihrer Wohnung aufgehalten, ist dann aber wieder verschwunden. Dieser Umstand in Verbindung mit der Erzählung der angeblichen Frau Detmann, daß sie mit ihrem in Lübeck sich aufhaltenden hiesigen Bekannten Ehemann in einem Scheidungsprozeß stehe, ferner die Thatsache, daß die Polizei sie bisher nur als Kellnerin Johanna Karolina Sophie Detmann kennt, die Ausweisplättchen über ihre Person noch nicht beigebracht hat, geben dem Vorfall einen besonders interessanten Hintergrund. Die Detmann gab bei ihrer Anwesenheit der Wöchnerin gegenüber als Grund für ihre Entzerrung Furcht vor der Leiche an, obgleich diese schon aus dem Hause fortgebracht worden war. Eine völlige Klärung kann nur durch die Vernehmung der Detmann herbeigeführt werden.

Zum Zusammenbruch des Bankhauses Aug. S. F. Schulze. Der ältere Kommandant der Bankhaus, welche in der Oberwallstraße 5 in einem Barterladen seit drei Jahren domicilirt ist, der 68-jährige Aug. S. F. Schulze, hatte vor etwa 30 Jahren in der Jägerstraße, da, wo heute sich das Kaiserbazar-Gebäude befindet, ein kleines Paul- und Wechselgeschäft mit geringen Mitteln gegründet. Durch strenge Reellität, Fleiß und Umsicht des Gründers hatte sich im Laufe der Jahre eine recht gute Kundenschaft angeeignet. Vor Allem waren es wohlhabende Fleischer und Fleisch-Kommissionäre, die ihre Depots bei Schulze legten. Auch in der Provinz war das Schulze'sche Bankgeschäft recht bekannt und es spekulierten bei demselben viele Gutbesitzer, Pächter und Bauern. An der hiesigen Börse war die Firma Aug. S. F. Schulze, wenn dieselbe auch nicht als Prima-Angabe galt, doch ihrer Reellität wegen recht angesehen, nur wußte man in letzter Zeit an dem Bergwerksmarkt der hiesigen Fondsbörse zu erkennen, daß Schulze starke Verluste durch Ultimo-Engagements Anfang September zu decken gehabt hätte. Ob nun von da an die Depots-Untersuchungen dauerten, oder ob dieselben schon vor längerer Zeit verübt wurden, ist bis jetzt noch nicht festgestellt. Der eigentliche Geschäftsführer der Firma war der Schwager Sohn des Sr. Herr Erich Wert, ein flotter, lebenslustiger Mann. Bei Privatgesprächen des Sr. war kein übermäßiger und seine Vermögensverhältnisse nicht übersteigender. Er bewohnte in einem Hause am Kaiser-Franz-Grenadierplatz die halbe zweite Etage.

Arbeiter-Bildungsschule. Achtung, Nachschreiber! Am Dienstag, den 4. Oktober beginnen an der Ostschule, Markstraße 31 und an der Nordschule, Müllerstr. 179a Unterricht für Buchführung, Deutsch und Geschichte. Der Unterricht findet Nachmittags von 2 1/2 bis 4 1/2 Uhr statt und vertheilt sich die drei Fächer in nachstehender Weise:
Ost-Schule, Markstr. 31. Nordschule Müllerstr. 179a.
Dienstag: Buchführung u. Rechnen Deutsch
Mittwoch: Geschichte
Donnerstag: Deutsch Buchführung u. Rechnen
Freitag: — Geschichte.
Meldungen von Schülern werden noch in beiden Schulen entgegen genommen.

Waldstraße 1, Waldstraße 2, Waldstraße 3, Waldstraße 4, Waldstraße 5, Waldstraße 6, Waldstraße 7, Waldstraße 8, Waldstraße 9, Waldstraße 10, Waldstraße 11, Waldstraße 12, Waldstraße 13, Waldstraße 14, Waldstraße 15, Waldstraße 16, Waldstraße 17, Waldstraße 18, Waldstraße 19, Waldstraße 20, Waldstraße 21, Waldstraße 22, Waldstraße 23, Waldstraße 24, Waldstraße 25, Waldstraße 26, Waldstraße 27, Waldstraße 28, Waldstraße 29, Waldstraße 30, Waldstraße 31, Waldstraße 32, Waldstraße 33, Waldstraße 34, Waldstraße 35, Waldstraße 36, Waldstraße 37, Waldstraße 38, Waldstraße 39, Waldstraße 40, Waldstraße 41, Waldstraße 42, Waldstraße 43, Waldstraße 44, Waldstraße 45, Waldstraße 46, Waldstraße 47, Waldstraße 48, Waldstraße 49, Waldstraße 50, Waldstraße 51, Waldstraße 52, Waldstraße 53, Waldstraße 54, Waldstraße 55, Waldstraße 56, Waldstraße 57, Waldstraße 58, Waldstraße 59, Waldstraße 60, Waldstraße 61, Waldstraße 62, Waldstraße 63, Waldstraße 64, Waldstraße 65, Waldstraße 66, Waldstraße 67, Waldstraße 68, Waldstraße 69, Waldstraße 70, Waldstraße 71, Waldstraße 72, Waldstraße 73, Waldstraße 74, Waldstraße 75, Waldstraße 76, Waldstraße 77, Waldstraße 78, Waldstraße 79, Waldstraße 80, Waldstraße 81, Waldstraße 82, Waldstraße 83, Waldstraße 84, Waldstraße 85, Waldstraße 86, Waldstraße 87, Waldstraße 88, Waldstraße 89, Waldstraße 90, Waldstraße 91, Waldstraße 92, Waldstraße 93, Waldstraße 94, Waldstraße 95, Waldstraße 96, Waldstraße 97, Waldstraße 98, Waldstraße 99, Waldstraße 100.

welcher eine werthvolle Ladung an Bord hatte, mußte auf den Grund gesenkt werden und sank unter. Der „Lufy Bee“ kehrte mit stark beschädigter Bug nach Harburg zurück.
Wesfalscher. Leipzig, 2. Oktober. Das Landgericht in Juidau verurtheilte den Bankier Lade, Crimmitschau wegen Verschleissung in 112 Fällen zu 8 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust.
Raubmord. Leipzig, 2. Oktober. In Juidau wurde an der 34-jährigen Näherin Zergibel ein Raubmord verübt. 30 000 M., welche die Ermordete kürzlich geerbt, fehlen. Vom Mörder hat man noch keine Spur.
Mörder. Belgad, 1. Oktober. In Ujica ist eine stärkere Räuberbande aufgetaucht.
Eine Rahtfahrt über den Ocean. Aus Madrid wird vom 28. September gemeldet: Der Kapitän W. Andrews fuhr gestern unter endlosem Jubel der Bevölkerung in den Hafen von Huelva ein. Er hat auf seinem 15 Fuß langen Boote Capolis die Fahrt über den Atlantischen Ocean in 68 Tagen zurückgelegt. Die Menge trug ihn auf den Schultern im Triumph nach dem Gouvernementsgebäude und von dort, nachdem Begrüßungsreden ausgetauscht worden waren, nach seinem Hotel. Kapitän Andrews wird während der Kolumbusfeier in Huelva verweilen.

kurzen Abriß der mit der Schweiz geführten Verhandlungen. Die französische Regierung habe der Schweiz nur diejenigen Forderungen gestellt, welche notwendig gewesen seien, um den wirtschaftlichen und politischen Frieden beider Länder, die so darauf angewiesen seien, mit einander in Eintracht zu leben, zu verbessern. Die Regierung werde den Vertrag vor dem Parlamente mit voller Ueberzeugung und Zuversicht vertreten, denn es handle sich vor allem um patriotische Erwägungen und darum, daß ein Bruch mit der Schweiz ernste Folgen für die französische Industrie gehabt haben würde, die in der Schweiz durch die Industrie anderer mit Frankreich rivalisirender Nationen hätte verdrängt werden können. Gegenüber denjenigen, welche das gegenwärtige Regime ungünstig beurtheilten, sei auf die Thatsache hinzuweisen, daß durch die seitens Frankreichs gemachten Zugeständnisse dessen Einfuhr um kaum 2/3 pSt. bestrossen werde.
London, 3. Oktober. Der Dichter Tennyson ist schwer erkrankt; sein Befinden erregt Besorgniß.
Bellinzona, 3. Oktober. Nach dem bis jetzt vorliegenden Abstammungsergebnisse ist die neue Verfassung mit etwa 12 000 gegen 5000 Stimmen angenommen worden.
(Depeschen des Bureau Herold.)
Venthen O. Sch., 3. Oktober. In Deutsch-Pielar wurde am Sonnabend Abend gegen den Gemeindefreier Kubna ein Dynamitattentat vollführt; das Haus wurde theilweise zerstört. Die Fenster der Nachbarhäuser und der Kirche sind zersprungen; als Motiv wird Rache vermutet. Man ist des Thäters noch nicht habhaft.
Krankfurt a. M., 3. Oktober. Die „L. F. F. Ztg.“ erfährt aus Voham, es verlautet zuverlässig, daß Geheimrath Baare die Absicht habe, von der Leitung des Hochheimer Cushtafvereins zurückzutreten.
München, 3. Oktober. Der Inhaber eines kleineren Bankirgeschäfts, Johann Krenmpfeyer, ist in Zahlungs-schwierigkeiten gerathen. Die Passiven werden auf 40 000 M. geschätzt. Beteiligt soll vorgzugsweise Berlin sein, der hiesige Platz aufsehnend gar nicht.
Kopenhagen, 3. Oktober. Der Polizeidirektor wird gegen die Redaktion von „Politiken“ eine Untersuchung einleiten, weil das Blatt über Vorkommnisse in den Verichten und innerhalb der Entbedungspolizei berichtet hat, die das Blatt nur von einem Beamten unter Verletzung der Amtspflicht erhalten haben kann.
Frankfurt a. M., 3. Oktober. In der Untersuchungssache, betreffend die russischen Bestellungen, hatte sich der Chefredakteur von „Tendenz“ Adressenklader, Höflich, geweigert, den Namen des Verfassers des betreffenden Artikels zu nennen. Durch Erkenntnis des Höchstengerichts ist Höflich jetzt verpflichtet worden, den Namen zu nennen; der Name des russischen Adelsigen, von welchem der Verfasser die betreffenden Mittheilungen erhalten, braucht dagegen nicht genannt zu werden.
Budapest, 3. Oktober. Die Thronrede in der ungarischen Delegation betont, daß die answärtige Lage sich seit der letzten Session nicht wesentlich verändert hat, daß die Beziehungen zu allen Mächten durchaus freundlich geblieben sind, und daß vertrauensvolle Zusammenstehen mit den verbündeten Mächten auch fortan eine heilbringende, den Frieden erhaltende Wirkung bewirkt. Des Bedürfnisses der Völker nach Ruhe und deren Sorge um ihr materielles Wohl läßt unverkennbar einen mäßigen Einfluß auf die internationalen Verhältnisse aus.
Budapest, 1. Oktober. Seit dem 29. September bis heute Mittag sind 65 Erkrankungen und 19 Todesfälle an Cholera gemeldet. Seit heute Mittag sind 5 Erkrankte eingeleitet.
Saragossa, 3. Oktober. Infolge des Ausstandes der Schlächter ist die Stadt ohne Fleisch. Der Gemeinderath requirirt zur Sicherheit der Stadt Militär. Derselbe laßt Vieh auf Gemeindefkosten auf, um Fleisch zu beschaffen.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Kopenhagen, 3. Oktober. Der Reichstag ist heute eröffnet worden. Beide Kammern haben ihre Präsidenten wiedergewählt. Morgen wird das Budget vorgelegt werden.
Petersburg, 3. Oktober. Im ersten Semester d. J. betrugen die ordentlichen Reichseinnahmen 397 500 000 Rubel gegen 403 900 000 Rubel im Vorjahre, die außerordentlichen 162 400 000 Rubel gegen 19 200 000 Rubel, die ordentlichen Reichsausgaben 420 300 000 Rubel gegen 306 500 000 Rubel im Vorjahre und die außerordentlichen 76 500 000 Rubel gegen 10 100 000 Rubel im Jahre 1901. Der „Börsezeitung“ zufolge beabsichtigt der Leiter des Finanzministeriums, Witte, für 1898 ein Reichsbudget anzustellen, welches ohne Defizit abschließen würde. Dazu werde keine innere Anleihe aufgenommen werden, sondern zur Deckung des Ausfalles der Einnahmen, sowie der gegenwärtigen, durch die Misperte und die Cholera verursachte Krise sollen Kreditbills für Rechnung des vorhandenen bedeutenden Goldvorraths ausgegeben werden. Ferner sei Witte genehmigt, die Reichseinnahmen durch indirekte Steuern zu vermehren.
Paris, 3. Okt. Nach weiteren Meldungen aus Tarbes sind von den bei dem gestrigen Unfall zu Schaden gekommenen Kindern drei ihren Verletzungen erlegen. Die Gesamtzahl der Verletzten beträgt gegen 100.
Heute begann vor dem Justizpolizeigericht in Albi die Verhandlung gegen zehn der streikenden Bergleute aus Garmann, welche am 15. August ds. J. das Bureau des Grubendirektors angegriffen und denselben unter Bedrohung mit dem Tode gezwungen hatten, seine Entlassung zu nehmen.
Paris, 3. Oktober. Die Regierung hat beschlossen, das Leichenbegängniß Ernest Renan's auf Kosten des Staates zu veranstalten.
Seltener sind in Paris 20 Cholera-Erkrankungen und 6 Todesfälle, innerhalb der Woche 7 Erkrankungen und 4 Todesfälle vorgekommen.
St. Etienne, 3. Oktober. Der französische Handelsminister Roche führte in einer Bankettrede aus, wie die Regierung sich befreit habe, die Handelsbeziehungen Frankreichs mit dem Auslande sicher zu stellen, indem sie ein möglichst geringes Maß von Zugeständnissen gemacht habe. Der Minister gab einen

Vermischtes.

Gesunkenes Schiff. Hamburg, 3. Oktober. Der auf der hiesigen Röhde liegende spanische Dampfer „Daviy“ wurde in der Nacht von Sonnabend auf Sonntag von dem von Hamburg elb-abwärts nach Hull gehenden englischen Dampfer „Lufy Bee“ angegrannt. Hierbei wurden der Kapitän und der Steuermann des „Daviy“, sowie der Lootse Wesselschöt getödtet. Der „Daviy“,

Buchhandlung und Buchbinderei

sowie Galanterie- und Schreibwaren-Geschäft befindet sich jetzt
3 Brandenburgstrasse 3.
R. Kohlhardt.
8082L

Empfehle den Vereinen u. Genossen meine Staferei, Bilder u. Bänder (Cassette, Marx u. Freiheit) 20, 42, 62 und 72 cm hoch. Stinsprüche in Seiden-Chenille. Fahnen und Banner (eigene Fabrik). Stocklaternen etc. **Max Richter, Berlin O., Görlner Weg 65**

Jamaica-Rum, echt Verschnitt u. Faq.-Literfl. 1,10, 1,60, 2,10, bei 5 Fl. 10 Fl. billiger.

Tokayer, med. süßer Ungarwein, Literfl. M. 2,10.

Himbeer-, Kirsch, Johannisbeersaft, Liter M. 1,20.

Ingber-Likör, magenstärkend, Literfl. M. 1,10, 1,60, 2.

Echt Stonsdorfer Bitter-Likör, Liter 1,20, 5 Fl. 5,50, 10 Fl. 10.

Cognac fine Champagne, 1/4 Literfl. 3,50, 1,50, 5,50, 7,50, 12.

Eugen Neumann & Co.,
6a. Belle-Alliance-Platz 6a. 81. Neue Friedrichstraße 81.

Soeben erscheint das
Protokoll
des
III. Parteitages
der **österreichischen Socialdemokratie.**
Preis 4 1/2 Kr. = 30 H., der Heft 4 1/2 Kr. = 35 H.
Bei Abnahme von 100 Stück 12 H. = 21 Mark.
Bestellungen sind zu richten an die
Expedition der
„Arbeiter-Zeitung“
Eben, VI. Bez.,
Gumpendorferstraße
Nr. 60.

Soeben erscheint im Verlage von **J. Günther** in Braunschweig:
Am Webstuhl der Zeit.
Sozialpolitischer Roman in drei Bänden von **J. Otto-Walster.**
216, 248 u. 256 Seiten.
Preis pro Buch 1 M., in einem Band brosch. 3 M., elegant gebunden 4,40 M.
Einbanddecken zu 65 Pf.
Für Arbeiter-Bibliotheken besonders geeignet.
Saldigen Bestellungen sieht entgegen
A. Günther, Braunschweig.
8066L

Genossenschaftsbrot, Backwaare und Milch sendet in's Haus
Ponne, Gneisenaustr. 83.

Auspostierung: Sopha 6 M., Matratze 5 M., neue, 10jährige schriftliche Garantie. Ginz, Kaiserstr. 12. 23406

Wer einen guten und billigen **Teppich** kaufen will, wende sich an die Teppichfabrik von **J. Adler Söhne, Spandauerstr. 30**
Ferner offeriren wir eine große Partie, ca. 2000 Fenster n. englische **Tüllgardinen** und Stores in weiß u. erdm., sowie einen Posten schwarzer **Portièren,** 3 1/2 Mtr. lang, 120 Ctm. breit, von Mark 2,50 an. Ferner alle Arten Möbelstoffe u. Plüsch sowie Tischdecken, Steppdecken, Käuferstoffe u. Teppdecken
sehr billig!

Kinderwagen. Größtes Lager Berlins
Andreasstr. 23. H. v.

Rothehlchen. Weissen 50 Pf., Zeisige, Rinken 1 M., Stegliche 1,25, Staare u. off. Art. billig.
[24426] **W. Reckmann,**
Berlin, Stralauer Platz 21, Schlef. Wfl.

Melanchthonstr. 3, Hof z. p. ist Hand-
werkzeug f. Panzerer z. verkaufen. 22676

Schuhmach.-Maschine, braunes Nips-
Sopha, Kleiderschr., verl. bill. Schubert,
Fichtestr. 81. 22336

Arbeitsmarkt.

Vergolter, tüchtige Farbigmacher für
Galantheisen verl. Rathenber. Frieden-
straße 10. 23146

Tücht. Decouperer w. verl. Admiralsf. 18B

Tücht. Kutscher w. verl. Admiralsf. 18B.

Glasschleifer verl. Krönte, Marktasf. 50.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren,

reelle Waare, solide Preise.
Ganze Ausstattungen in Mahagoni
und Nussbaum. Küchenmöbel in gr.
Auswahl empfiehlt
Julius Apelt,
Sebastianstr. 20 (früher 27/28)

Kirberg & Co. Größtes Lager bei Salingen.
Rohmesser
5 Jahre Garantie
par Stück 3 Mark.
Etsch, hochfein pr. Stück 30 Pf.
Streichenmesser, doppel 220 M.
Was nicht gefüllt, nehmen sofort
retour. **Frucht-Catalog**
sämmtliche Backwaaren, Seibers
u. Wafeln vera. gratis. Durch eig.
Fabrikat. 1/2 billiger wie überall.
Man kauft nur direkt!!!!

Gardinen-Fabrik

H. Nilsenbranz, 731M
Dresdenerstr. 117, Eing. v. Hnt.
verkauft Kessel, passend zu 1-4 Fenstern,
unter Fabrikpreis.
Nur gute danerhafte Qualitäten werden
angefertigt.

5 Pfd. Albrecht's Brot für 50 Pfennig Bäckerei, Liefert Wrangol-Strasse 8, Langostr. 25, Falkensteinstr. 26.

Sophabezüge!

1892 L.
Kette in Nips, Damast, Granit,
Plüsch u. bun. Stoff, spottbillig.
Emil Lefèvre, Oranienstr. 158.
Proben franko!

Polirappen, Strümpfe, Hand- tücher, Augenpapier f. Tischler sowie sämtliche Puhlappen für die gesamte Industrie liefert die Cugros-Fabrikung von **C. Kietzke,** 186h) **Lübdenstr. 5.** Fernsprecher Amt 9, Nr. 9163. Beiten, schöner Stand, neu, sofort, 22 M. Briherstr. 10, vorn part. 23346

Diermit sage ich allen Freunden und Bekannten, sowie Kollegen und dem Tischlerverein Berlins für die rege Theilnahme bei der Beerdigung meines unvergesslichen Mannes Herrmann Bünsow meinen tiefgefühlten Dank.
Wittwe Marie Bünsow.

Allen Verwandten, Kollegen, Genossen, Freunden und Bekannten für die liebevolle Theilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau herzlichsten Dank.
Louis Malkowitz.

Empfehle mein Geschäft in frischen Blasen und Kränzen.
533 L.
Robert Meyer,
Nr. 2 Mariannenstraße Nr. 2.
NB. Um häufigen Irrthum zu vermeiden, bitte ich meine Freunde und Genossen, genau auf meine Adresse zu achten.
23386
Paul Leitner,
Hofdomstr. 9.

Allen Freunden und Parteigenossen zur Nachricht, daß ich ein Zigarren- und Tabak-Geschäft eröffnen, und bitte um geneigten Zuspruch
[23386]
Paul Leitner,
Hofdomstr. 9.

Allen Genossen empfehle mein Blumen-Geschäft und Kranzbinderei.
H. Krause, Wienerstraße 11.

Privat-Entbindungsanstalt, billig.
Hermann Bühlendorf, Gröfestr. 30.

Rechtsbureau des königlichen Amtsrichters a. D., Alte Jakobstr. 190. Gemessenhafter Rath in allen Angelegenheiten. Unentgeltlich. Auch Sonntag. [2336L]

Ein großes und 1 kleines Vereinszimmer und eine Regalbank sind zu vergeben.
Schützenstr. 18/19, Restaurant.

Allen Genossinnen empfehle mein
Puhlgeschäft.
Antonio Steinicke, Lubeckerstr. 36.

Genossenschaftsbrot
sowie Milch und Backwaare frei ins Haus, liefert das Milchgeschäft 2887L
Stallschreiber-Strasse Pro. 8.

Bestes Nähgarn!

Sanitäre Mißstände in Berlin.

Wir haben vor 8 Tagen unseren Lesern eine Reihe von Fällen vorgeführt, wo die Abortanlagen entweder dem vorhandenen Sanitätszustand nicht genügen oder in hohem Grade vernachlässigt waren, und wir haben auf die großen Gefahren hingewiesen, welche den in solchen Häusern wohnenden oder an solchen Orten arbeitenden Personen aus diesen Uebelständen erwachsen.

1. Schwedterstr. 248, 3 Tr. rechts. Kloset in der Küche ohne Fenster, giebt — angeblich schon seit 2 Jahren — kein Wasser zum Spülen, infolge dessen unerträglich Geruch in der Küche.

2. Pallisadenstr. 88. Auf dem zweiten Hofe ein Kloset ohne Wasserleitung, Spülung einmal täglich durch das Kesselhans. Auf dem ersten Hofe drei Klosets und ein Pissoir ohne Thür, verbreiten starken Geruch.

3. Schulendorferstr. 18. Für ca. 100 Miether mit sehr vielen Altermiethern nur 5 Klosets, alle offen und sehr un sauber. Schlecht verschlossene Dungguben, defekter Müllkasten; 4. Kaiserstr. 41. Für ca. 200 Arbeiter 4 Klosets; dieselben sind permanent offen, die Spülung versagt öfters, so daß die Klosets mehrere Tage verstopft sind.

5. Friedrichsfeldestr. 41. Für die Bewohner des Hinterhauses, Portier und Keller des Vorderhauses, im ganzen 18 Familien mit ca. 70 Köpfen und ungefähr 10 Schlafleuten, auf dem Hofe 2 Klosets. Dieselben befinden sich über der Dunggube einer Molkerei; der Inhalt flaut sich oft, so daß der Inhalt die Klosetabflüsse nicht mehr aufnehmen kann. Die Klosets sind dann derart verstopft, daß die Trittbretter tagelang beschmutzt sind und die Bewohner fremde Anlagen aufsuchen müssen.

6. Parochialstr. 20. Ein Kloset auf dem Hofe für 9 Familien mit 23 Köpfen. Das Haus alt und baufällig, Hof etwa 4 Quadratmeter groß.

7. Schönhäuser Allee 118. Kanalisationsanschluß nicht vorhanden. Die Klosets sind alte Abtritte ohne Wasserleitung, kein Tonnensystem, sondern Grube, schmutzig und überreichend. Auf dem Kellerflur desselben Hauses lagert ein Haufen Müll, darunter alterhand Schmutz, Thierkot und dergleichen.

8. Panikstr. 15. Cylkop, Eisengießerei. Für 450 Arbeiter ein höchst mangelhafter Abort, in primitiver Weise aus Latte, die ein Quadrat bilden, für 8 Personen eingerichtet. Wasserleitung ist nicht vorhanden, ein Arbeiter hat nach Feierabend die Reinigung zu besorgen d. h. die Ausleerungen hinarunter zu stampfen. Für Benutzung dieses trefflichen Instituts werden jedem Arbeiter monatlich zehn Pfennig vom Lohn in Abzug gebracht!

Hier von genug für diesmal; wir wollen heute auf einen Uebelstand hinweisen, der sich ebenfalls auf einer großen Reihe von Berliner Grundstücken geltend macht und vielleicht ebenso große Gefahren in sich birgt wie die mangelhaften Abortanlagen. Wie aus den obigen Mittheilungen ersichtlich, sind nicht nur die Leber, sondern auch die Darmthätigkeiten zur Müll-Abfuhr oft außerordentlich mangelhaft. Zwar wird seitens der Polizei ziemlich streng auf eine geregelte Müll- und Abtrittabfuhr gehalten; aber die Hauswirthe, die in den meisten Fällen gar nicht einmal in den Häusern wohnen und die Sorge für diese Dinge irgend einem Verwalter übertragen, kümmern sich oft sehr wenig um die Befehle der Reinlichkeit und Gesundheitspflege; ja sie scheinen zu glauben, daß durch etwas mehr oder weniger Unrath die Gesundheit ihrer Miether überhaupt nicht beeinträchtigt wird.

So wird aus dem oben schon rühmlichst erwähnten Grundstück Kaiserstr. 41 gemeldet, daß drei- bis viermal so viel Unrath und Müll auf den Hof gelangt, als der dazu bestimmte Kasten aufnehmen kann; da infolgedessen der Kasten stets offen steht, so entströmt dem Müllhaufen beständig ein penetranter fauliger Geruch.

Noch schlimmer bestellt ist es z. B. Skalitzerstr. 78, wo — nach Aussage der Miether — der Kothschicht schon seit Jahren nicht abgefahren, sondern auf dem hinteren Hofe des Hauses in eine tiefe Grube verscharrt wird. Jetzt ragt der Müll schon 3 bis 4 Meter über der Erde hervor und verfauldet, obwohl er anstandslos mit einer Kothschicht bedeckt ist, namentlich an heißen Tagen einen unerträglichsten Gestank.

Drei Dinge sind aber nicht nur für die Nase beleidigend, sondern auch direkt in hohem Grade gesundheitsgefährlich. Nämlich doch unter den gefährlichsten Abfallstoffen, welche sich in der Nähe menschlicher Wohnungen anhäufen, der Müll oder Kothschicht nicht die letzte Stelle ein. Ein Sammelstadium aller für den menschlichen Verkehr nicht mehr verwertbaren Dinge, für den menschlichen Verkehr nicht mehr verwertbaren Dinge, entsteht eine große Zahl organischer Substanzen, die sehr leicht in Faulnis übergehen, zumal ein Theil derselben schon in angefaultem Zustande dorthin gelangt. Weniger gefährlich ist der Müll im Winter, wo die strengen Kälte sowie die Anwesenheit reichlicher Mengen von Asche faulniswendend wirkt; anders im Sommer, namentlich dann, wenn große Hitze und Regengüsse einander ablösen und für Milliarden von Bakterien einen günstigen Nährboden bereiten; läßt der Regen nach und trocknet der Müll wieder aus, so werden all die zahllosen Keime vom Winde in die Luft abgetragen, gelangen in die Wohnungen und werden auf direktem Wege in die Lungen der Menschen speidirt.

Eine andere Gefahr besteht in dem Durchsickern der gelösten Faulnisstoffe in den Boden, der auf diese Weise verunreinigt wird und ein Wasser liefert, welches nicht nur zum Trinken, sondern auch für die meisten übrigen Zwecke völlig unbrauchbar ist. Es ist eine bekannte Thatsache, und wir werden in einer nächsten Mittheilung darauf ausführlicher zu sprechen kommen, daß die oberflächlichen Bodenschichten Berlins in hochgradiger Weise verunreinigt sind, daß 2/3 aller öffentlichen und privaten Brunnen absolut ungenießbares und auch sonst kaum verwertbares Wasser liefern — um so mehr ist darauf zu achten, daß nicht durch frische Nachlässigkeit der Boden immer von neuem schädliche Substanzen zugeführt werden. Der Müll darf daher weder in die Erde verscharrt, noch auf der Erde frei aufgeschüttet, auf der Erde verfaulen und den Einflüssen von Sonne, Regen und Wind überlassen werden, derselbe muß in beweglichen Behältern fest auf liegendem Deckel aufbewahrt und in möglichst kurzen Zeiträumen, am besten täglich, entfernt werden. Das Zweckmäßigste wären bewegliche Kisten, die nicht, wie es in Berlin meist geschieht, auf dem Hofe oder der Straße aufgeschüttet werden, sondern mit einem dem Inhalt abgefahren und erst außerhalb der Stadt entleert werden — dann braucht freilich jedes Haus zwei Kisten zum Wechseln — und dazu sind unsere Hauswirthe schwer zu bewegen.

Was aber soll schließlich mit dem Müll geschehen? Nun, was nicht mit ihm geschehen soll, das haben unsere Leser aus der in der Freitagssamstag des „Vorwärts“ veröffentlichten, sehr beweglichen Klage entnommen, die ein Anwohner der Seestraße über die entsetzlichen Zustände an dem dort befindlichen städtischen

Müllhof ausgestoßen hat. Auch uns sind hierüber Briefe zugegangen, welche die Verhältnisse daselbst als geradezu haarsträubend erscheinen lassen. Ein Kothschichtberg, der einen Flächenraum von etwa 100 Quadratmeter einnimmt und etwa bis an das zweite Stockwerk der Häuser reichen würde, weit und breit hin einen geradezu pestenzialischen Gestank verbreitend! Müß das so sein? Ist es denn unmöglich, den Müll auf eine Weise zu verpacken, daß er nicht die Bewohner ganzer Stadttheile in ihrer Gesundheit bedroht? In London hat man längst Vorkehrungen getroffen, den Müll zu verbrennen, und was dort möglich ist, sollte doch auch hier nicht undurchführbar erscheinen. Gesprochen wird zwar schon lange davon, aber es dauert immer eine gute Weile, bis bei uns solche Reformen durchgeführt werden. Wohlan, hier hat die Berliner Stadtverwaltung wieder einmal ein Feld, ihre unvergleichliche Fürsorge für das Wohl der Einwohner zu betätigen — wir wollen sehen, ob die Rathlose nicht wieder auf sich warten läßt, bis der nächste Sommer erscheint und der unheimliche Gestank aus Asien mit erneuter Kraft an unsere Thore pocht!

Parteinachrichten.

Zum 1. Oktober schreibt der Haundversche „Vollstimme“: „Das Anknahmengesetz gegen die Sozialdemokratie ist heute vor 2 Jahren beendigt worden. Bismarck, Stöcker, Hammerstein und die Spittel weinen an seinem Grabe, das arbeitende Volk aber gedenkt der Verfolgungen und Bedrückungen, die es während der 12 Jahre der Bismarck'schen Spittelwirtschaft zu erleiden hatte, und wird seinen Verfolgern noch über ihr Grab hinaus das Andenken bewahren, das sie verdienen. Die sozialdemokratische Bewegung aber, welche trotz der maßlosen Verfolgungen jener Zeit kräftig emporgeblüht ist, sie wird, so wie sie den Bismarck und seine Spittel überwand, auch alle übrigen Feinde, die ihr heute entgegenstehen, besiegen. Unser Lebnungswort bleibt das alte: Vorwärts!“

Die „Norddeutsche Volksstimme“ zu Gese-münde sagt:

Am 1. Oktober 1890 das Sozialistengesetz fiel, wie sehr da Deutschen, welche vermeinten, die Gesellschaft würde ohne das Gesetz nicht bestehen können, ein heiliger Schrecken in die Glieder. Jetzt, so hieß es, werden die „rothen Unstürzer“ kommen und alles dem Erbboden gleich machen. Und der andere Theil unserer Gegner, glaubte und hoffte er nicht, daß bei dem Fall des sog. „eisernen Kettes“ auch unsere Partei auseinanderfallen würde, daß wir über einander herfallen und uns selbst mit Stumpf und Stiel anstreifen würden? Thörichte Leute! Wie sehr ist doch eure Befürchtung einer- und eure Hoffnung anderer-seits zu schanden geworden! Groß, stark und einzig steht die Partei da; gerüstet und gewappnet für alles, was da kommen mag. Wir haben das Sozialistengesetz überwunden, und so werden wir auch künftig mit allen Hindernissen, die man uns in den Weg legt, fertig werden.

Uebrigens gewinnt die große, herrliche Kulturidee, welche im Sozialismus wurzelt, Eingang; das Samen Korn, welches vor verhältnißmäßig wenig Jahrzehnten gesät wurde, es entfaltete sich rasch zum Schößling und ist jetzt ein Baum geworden, groß, gewaltig und mannsrottbar. Ueber Millionen und Abermillionen breitet er seine Zweige, seine Äste aus, alle Ketten, durch die man sein Wuchstum verhindern möchte, sprengt er, und nicht mehr lange wird es dauern, so hat er die ganze Erde, die ganze Menschheit umfungen!

Die „Münchener Post“ schreibt: „Die Gleichberechtigung der Sozialdemokratie steht noch immer auf dem Papier, in der Praxis ist unsere Partei von dem Beamtenthum verachtet. Mit den kleinlichen Polizeimännern sucht man ihre Entwicklung zu steuern und zu hemmen, bis hinein in die Nachspruchung begegnet man einer widerlichen Voreingenommenheit gegen dieselbe. Der Zustand von heute konkurirt um die Welt mit dem vor zwei Jahren. Aber wie das Anknahmengesetz an dem Anwachsen unserer Partei zu Schanden geworden ist, so werden auch diese ähnlichen gegenwärtigen Bemühungen, welche die Achtung vor den jetzigen sozialistischen Einrichtungen immer mehr zu untergraben bestimmt sind, unsere Bewegung nicht aufhalten, sondern im Gegentheil fördern. So argwöhnisch und verwerflich diese kleinlichen Bekämpfungsmethoden für den Augenblick auch sein mögen, sie wirken wie Del auf die Adler der Kolonie, welche den Proletarisirungsprozess vollzieht, dessen Ergebnis das Anwachsen der sozialdemokratischen Partei bedeutet.“

Eine Delegirten-Versammlung der Arbeiter-Sängerbünde Deutschlands wird vom Berliner Arbeiter-Sängerbund zum 25. Dezember d. J. nach Berlin einberufen. Zweck der Versammlung ist die Schöpfung einer Vereinigung dieser Organisationen, soweit die gesetzlichen Bestimmungen diesem Plan nicht entgegenstehen. Der Berliner Arbeiter-Sängerbund, welchem jetzt 175 Vereine mit rund 4500 Mitgliedern angehören, unterbreitet der Delegirten-Versammlung folgende Vorlage:

1. Die Anschaffung und Herstellung der Bundeslieder ist für sämtliche Arbeiter-Sängerbünde eine gemeinschaftliche; sie erfolgen im Selbstvertrage der Vereinigung.

2. Sämtliche Lieder, welche der Vereinigung gewidmet oder zum Kaufe angeboten, müssen dem Ausschuss eingeleitet werden. Nachdem die Lieder vom Ausschuss nach Werth des Textes geprüft sind, werden die für gut befundenen Lieder der Dirigenten-Kommission zur musikalischen Prüfung übersandt. Alle Beschwerden, welche die Vereinigung betreffen, sind an den Ausschuss zu richten.

3. Der Ausschuss besteht aus 9 Mitgliedern, die Kommission der Dirigenten aus 7 Gesangslehrern.

4. Alljährlich findet eine Delegirten-Versammlung statt von sämtlichen zur Vereinigung gehörenden Arbeiter-Sängerbänden; dieselbe bestimmt den Sitz des Ausschusses und der Prüfungs-Kommission der Dirigenten.

5. Jeder zur Vereinigung gehörende Sängerbund hat zu den Kosten, welche zur Herstellung der Noten erforderlich, prozentual nach Stärke der Mitgliederzahl beizutragen.

6. Die Delegirten-Versammlung bestimmt den Ort, an welchem die Noten hergestellt werden. Die für die Vereinigung hergestellten Noten tragen am Kopf die Ueberschrift: „Vereinigung der Arbeiter-Sängerbünde Deutschlands“.

In Jähringen (Baden) beschloß am vorigen Sonntag die dritte Konferenz der Sozialdemokratie des badischen Wahlkreises die Ausdehnung der Landagitation auch auf den Winter, da der Landwirth im Winter mehr Zeit zum Lesen hat als im Sommer. Genosse Würfel, der die bäuerlichen Verhältnisse aus eigener Erfahrung gut kennt, ging scharf mit den Bauernvereinen ins Gericht, die den Bauern nur blauen Dunst vormachten. Wenn der Bauer Geld brauche, so müsse er doch zum Laden gehen, denn die bauernfreundlichen Hecher hätten ihn in den meisten Fällen nicht. Der Redner, der nach dem Ereigniß des Offenburger „Vollstimmens“ die Landwirtschaft durch und durch kennt, bewies durch viele Beispiele,

wie die Zwerghirtschaft von dem Großbetrieb mehr und mehr verdrängt und aufgefogen wird. Die technische Revolution führe nothwendig zum Ruin der bäuerlichen Zwerghirtschaft. Wenn das so viele kleine Bauern heute noch nicht einsehen wollten, so seien nicht sie dafür verantwortlich zu machen, sondern diejenigen, welche bestrebt sind, das Volk in Dummheit zu erhalten. Hülfe könne dem Bauer nur durch die Sozialdemokratie werden. Betreffs der Beschickung des Berliner Parteitages verband sich der Kreis mit den Bezirken Bahr und Offen-burg; Delegirter ist Adolf Wedt-Offenburg. Der in der Schweiz stattfindende nächste internationale Arbeiterkongress wird durch einen oder zwei Delegirte besichtigt werden. Die nächste Konferenz findet in Waldkirch statt.

Soziale Uebersicht.

Der Streik der 400 Arbeiter der mechanischen Holzsägerei von G. & H. Komp. in Galatz ist gewonnen und trotz seiner vierwöchentlichen Dauer kein einziger Streikbrecher zu verzeichnen gewesen.

Die Kaiser und Fürber der Firma A. Kirchhof in Ksch-Forsit legten am 1. Oktober die Arbeit nieder. Sie bitten um Fernhaltung des Zugangs und ersuchen, Sendungen an die Adresse: Michael Bauernfreund, Gasthaus zum Kaiser von Oesterreich zu richten.

Aus Leipzig wird uns geschrieben: Die hiesige Orts-Krankenkasse ist ob ihrer Leistungsfähigkeit in ziemlich hohem Ansehen. Nicht geringen Antheil an ihrem Ausbau haben unsere Genossen, die im Vorstand sind und als General-versammlungs-Berichter mit rathen und thaten. Um dem Simulantenwesen vorzubeugen, haben sich die General-versammlungs-Berichter bereit erklärt, neben den angeestellten Kontrollreuen die Kontrolle über Kranke selber mit zu üben. Das ist allerseits, auch von den Unternehmern, mit Freuden begrüßt worden. Nun scheinen aber die Herrn Berichter der Unternehmer im Verein mit einigen Ärzten das jetzige Ansehen der Kasse beeinträchtigen zu wollen. Das läßt ein Beschluß befürchten, den die Unternehmervertreter am Freitag Abend in der Generalversammlung faßten. Auf Antrag des Wählerbesizers Schmidt, Großschöcher, beschloßen sie, den Mitgliedern die ersten drei Krankheitsstage nicht mehr zu bezahlen. Viele Leser werden sich wundern, wie ein derartiger Beschluß herbeigeführt werden kann. Das ist aber nach § 21. In das Krankentafelgesetz ganz „in der Ordnung“. Es können nämlich nach diesem Paragraphen die Vertreter der Unternehmer oder auch der Arbeiter einen dahingehenden Beschluß fassen. Der Reservefonds der Kasse konnte bei den bisherigen Leistungen voraussichtlich nicht in der vorgeschriebenen Weise erhöht werden, es würden etwa 10 000 M. daran gefehlt haben, was aber bei dem Jahresumsatz von über 2 Mill. Mark wenig zu bedeuten hätte. Durch die oben erwähnte Maßnahme aber, welche vom 1. Januar ab auf Kosten der kranken Mitglieder durchgeführt werden soll, wird eine Summe von ca. 130 000 M. gutgemacht. Man hegt vielfach die Meinung, daß die Herren Ärzte mit hinter dem Schmidt'schen Antrage stehen. Man meint, die Ärzte würden, wenn die Kasse mehr Geld hat, d. h. wenn die kranken Mitglieder eine Einbuße erleiden, mit höherer Rechnungen kommen. Ob aber dann wirklich mehr Geld in der Kasse sein wird, ist fraglich, denn die Vertreter der Arbeiter haben sofort eine Gegenmaßregel ins Werk gesetzt. Sie wandten sich zunächst äußerlich scharf gegen den Antrag Schmidt, und da sie den Beschluß nicht verhindern konnten, legten sie sämtlich ihre Kreuze als freiwillige Krankenkassendirektoren nieder und überließen den Herren Unternehmervertretern diese nicht gerade angenehme Beschäftigung. Das die Vertreter der Unternehmer die Kasse vor der Ausbeutung durch Simulanten in demselben Maße schützen können und werden, wie die personen-fundigen Arbeitervertreter, wird wohl niemand erwarten, am wenigsten die Unternehmer selbst. Der Generalversammlungsbeschluß unterliegt der Genehmigung der Aufsichtsbekörde (Kreisobermannschaft); es ist zu befürchten, daß diese dem Beschluß zustimmt. Die Mitglieder der Orts-Krankenkasse werden aber das ihrige thun, um die Krankenunterstützung nicht beschneiden zu lassen, und deshalb die Angelegenheit zunächst in öffentlichen Versammlungen erörtern.

Die Arbeiter des Blauen'schen Grundes bei Dresden beschloßen in einer Versammlung zu D. & H. den, das Ministerium um Errichtung eines Gewerbegerichts für den Blauen'schen Grund anzugehen, nachdem die Gemeinden den dahin gerichteten Gesuchen keine Folge gegeben haben.

Auch in den Bäckereien Münchens scheinen grauen-hafte Zustände zu herrschen. Wie unser dortiges Partei-Organ meldet, richten die Münchener Bäckergehilfen an den Magistrat das Gesuchen, dafür zu sorgen, daß sämtliche Bäckerei-Arbeiter wöchentlich mindestens zweimal frische Handtücher von den Bäckerei-Inhabern verabfolgt werden. Das jetzige System, nur ein Handtuch pro Woche und Mann zu geben, veranlasse die Arbeiter, den Schweiß an den Semmelstücken abzutrocknen, auf welche der Semmel-teig vor dem Backen zu liegen kommt.

Die Arbeitslosigkeit in der Tabakindustrie. Vom Vorstand des Freundschaftsklubs der Zigarren-fabrikanten geht folgende Mittheilung zu:

Bekanntlich hat unter den Einwirkungen der Choleraepidemie die Hamburger Zigarren-Industrie in erheblichem Maße zu leiden. Der Wajah nach dem Zustande und nach Auswärts steht fast vollständig. Nun war schon lange vor Eintraten der Epidemie die Arbeitslosigkeit unter den Tabakarbeitern eine große. Die Folgen der Cholera für die Tabakarbeiter waren in vielen Fällen abermalige Entlassungen oder Reduzirung der Arbeitszeit auf wenige Stunden.

Der Freundschaftsklub der Zigarrenfabrikanten hat, wie bekannt sein dürfte, um seine arbeitslosen Mitglieder seit jeher unter-stützt. Infolge der andauernden Arbeitslosigkeit war der Verein schon längere Zeit vor der Epidemie gerüthigt, seine Unter-stützung von 12 Mark resp. 15 Mark auf 5-7 Mark herab-zusetzen.

Im Jahre 1891 zahlte der Klub an Arbeitslosen-Unterstützung (Unterstützung an Streikende ist hierin nicht mit einbezogen) 33 500 M., im Jahre 1892 15 000 M.

Daß die Ausbringung dieser Summen für die 250 Mit-glieder der Organisation gewaltige Opfer erforderte und daß die Fonds zur Zeit erschöpft sind, braucht wohl nicht besonders betont zu werden, es tritt jedoch jetzt der Umstand hinzu, daß die arbeitenden Mitglieder zur Zeit infolge ihres geringen Verdienstes (10 bis 12 bis 15 M. pro Woche) nicht mehr im Stande sind, die bisherigen hohen Beiträge zu zahlen. Der Beitrag mußte deshalb seitens der Verwaltung wesentlich reduziert und die Arbeitslosen-Unterstützung aufgehoben werden.

Dadurch werden 37 Arbeitslose jeglicher Hilfe beraubt. Um ein Bild von der unbearbeiteten Arbeitslosigkeit im Tabakarbeiter-Gewerbe zu geben, bemerken wir, daß diese 37 arbeitslosen Sortierer zusammen 713 Wochen, mithin der Einzelne durchschnittlich 19 Wochen, arbeitslos waren. Die Dauer der Arbeitslosigkeit erhält am besten aus folgender Zusammenstellung, Arbeitslos waren:

1	1 Jahr	2	7 Wochen
4	über 1/2 Jahr	5	5-6 Wochen
7	über 1/4 Jahr	2	8 Wochen
4	über 20 Wochen	3	2 Wochen
6	über 13 Wochen	1	1 Woche
2	8 Wochen		

Daß zur Zeit außerhalb des Vereins die gleiche Anzahl Arbeitsloser vorhanden, ist mit Sicherheit anzunehmen; auf jeden arbeitslosen Sortierer rechnet man im Tabakarbeiter-Gewerbe 10 arbeitslose Zigarrenarbeiter. Daß jetzt dieser ziemlich zuverläßigen Berechnung ergibt nahezu 1000 arbeitslose Tabakarbeiter in Hamburg und Umgegend; die übrigen 2-3000 meistens halbe Zeit arbeitend bei einem Verdienst von durchschnittlich bestimmt nicht mehr als 8-9 M. der Roth und Entbehrung preisgegeben.

Als Vorstand einer Arbeiterorganisation, welche dem Staate bisher durch Unterstützung ihrer arbeitslosen Mitglieder eine Last mit abgenommen hat und welche jetzt nach vollständiger Erschöpfung ihrer Kräfte mit schwerem Herzen die Unterstützung einzustellen gezwungen ist, halten wir uns verpflichtet, wo wir den zahlungsmässigen Beweis durch Führung unserer Arbeitslosenliste jeder Zeit für unsere Behauptungen erbringen können, diese Thatsachen der Öffentlichkeit zu unterbreiten.

Wir wollen nur noch betonen, daß es dem Charakter der meisten Arbeiter widerstrebt, Almosen in Empfang zu nehmen, und daß nach unserer Meinung wirksame Hilfe nur vom Staat kommen kann.

Die Sachfängerei ist den Junkern der Ostprovinzen ein Grenz. Den großen Herren Besitzern, Prinzen, Grafen und Baronen, ist dadurch in der Ausnützung ihrer Arbeiter eine Grenze gesetzt — die Leute wenden ihnen einfach den Rücken, machen hinter sich drei Kreuze und gehen nach den westlichen Provinzen, deren elendeste Verhältnisse ihnen immer noch besser dünken, als die „patriarchalische“ Behandlung in ihrer Heimat. Das Ideal der östpreussischen Junker, die Wiedererführung der Herrlichkeit, läßt sich doch nicht so leicht durchführen, und so jenen und schimpfen sie denn nach Petersburg über die „Sachfängerei“, durch welche das Volk „moralisch“ verderbt. So eifert jüngst im Natiborer landwirtschaftlichen Verein der edle Reichsgraf Arco gegen das „unmoralische Treiben der Sachfängerei“, und wundert sich seinen Zorn gegen die katholischen Geistlichen, die nichts getan hätten, dieselbe zu bekämpfen. Dieser Angriff veranlaßt nun einen katholischen Geistlichen, den Pater Nowolski, jenem Herren, in einem „Offenen Briefe“ in der „Oberschlesischen Volkszeitung“ zu dienen, in welchem sich folgende kräftige Sätze befinden:

Warum nennen Sie die Sachfängerei ein „unmoralisches Treiben“? Ist es denn wirklich eine Sünde, wenn Jemand, der ganz frei und durch keinen Zwang gezwungen ist, nach Sachsen geht, um dort seinen Lebensunterhalt zu verdienen? In welchem Gebote oder durch welchen Paragraphen des Strafgesetzbuches ist denn das verboten? Ich denke, bei uns herrscht die Freizügigkeit, und wenn deswegen ein Gutbesitzer sein geringeres Gut verkaufen und anderwärts ein besseres ankaufen darf, um seine Existenz dadurch zu verbessern, dann muß es mit demselben Rechte auch dem gemeinen Mann aus dem Volk freigestellt sein, dorthin in die Arbeit zu gehen, wo er einen höheren Lohn erhält. Wenn dies letztere aber unmoralisch ist, dann auch das erstere, der Erwerb eines besseren Gutes für ein minderwertiges. Von diesem Rechts-Standpunkt aus haben wir katholischen Geistlichen auch kein Recht, die Auswanderung zur Arbeit in Sachsen an und für sich zu verbieten, weil sie eben gegen kein Gebot Gottes oder der Kirche — und diese haben wir zu predigen, nicht die Wirtschaftslehre — verstößt. Wenn die Gutbesitzer glauben, durch die Sachfängerei geschädigt zu sein, so ist es eben ihre oder des Staates Sache, dagegen anzukämpfen, nicht aber unsere. Wenn Sie aber, Herr Graf, die Sachfängerei deswegen „unmoralisch“ nennen, weil durch sie mancher Arbeiter oder Arbeiterin am Glauben und an der Moral Schiffbruch gelitten haben, so schließen Sie von einzelnen auf alle und schätzen das Kind mit dem Bade aus. Oder wollen Sie allen Kerles behaupten: jeder Mann und jede Frauensperson, die aus Oberschlesien nach Sachsen in die Arbeit geht, werde dort lüderlich und unmoralisch? ... Wenn Sie selbst aber, Herr Graf, eine Partie Whisky spielen, begehen Sie dadurch eine Unmoralität deswegen, weil der A oder B bei einem solchen Spiele viel Geld verschwendet hat? Ich glaube nicht, daß Sie darauf mit Ja antworten werden. Gut, dann geht es aber auch nicht an, die Sachfängerei im Allgemeinen ein „unmoralisches“ Treiben zu nennen.

Die Statuten der Gewerkschaft der Schneider und Schneiderinnen für Tirol und Vorarlberg wurden behördlich genehmigt. Die konstituierende Versammlung findet Sonntag, den 9. Oktober, in Innsbruck statt.

In Sachen des Mannheimer Volksschulwesens faßte eine dortige Volksversammlung eine Resolution, in welcher das angelegliche Bedürfnis einer sog. Bürgerschule nicht als vorhanden bezeichnet, in der Errichtung einer solchen nur die Herabsetzung der Volksschule zur Armenschule erblickt und deshalb gegen dieses Vorhaben protestirt wird. Die Resolution verlangt bedingungslos die ablehnende Aufhebung des Schulgesetzes, welche schon vor Jahren vom dem Stadtrath beschlossen und nur mit Rücksicht auf den damaligen Stand der Gesetzgebung nicht eingeführt werden konnte.

Der Referent Julda theilte mit, die in Rede stehende Magistratsvorlage sei ganz unvernünftig an die Orts-Schulkommission gekommen und habe nicht einmal auf der Tagesordnung gestanden. Man habe einer eingehenden Diskussion über die Vorlage ausweichen und überhaupt die Bürgerschaft mit ihr überempfinden wollen.

Immer toller wird das Treiben der Kriegervereiniger. Jetzt schließen sie sogar schon Mitglieder aus, wenn diese einem Hochverrat angehören. Ein solcher Fall ist in Silberstadt (Sachsen) vorgekommen. Es kann daher vor dem Beitritt zu den Kriegervereinen gar nicht ernstlich genug gewarnt werden.

Internationaler Schuhmacher-Kongress in Zürich. Das Zentralkomitee des schweizerischen Schuhmacher-Verbandes hat sich wegen Veranlassung eines internationalen Schuhmacher-Kongresses, der in Verbindung mit dem 1893 in Zürich stattfindenden internationalen Arbeiterkongress abgehalten wäre, mit den ausländischen Schuhmacher-Organisationen im Einvernehmen gesetzt. In einem Kreisbriefe des Zentralkomitees an die Sektionen werden dieselben aufgefordert, sich mit dem Projekt zu beschäftigen.

Auch bei geringfügigen Betriebsunfällen ist größte Aufmerksamkeit und sofortige Verfolgung eines Rentenanspruchs für den Arbeiter erforderlich, wie der folgende kürzlich vor dem Reichs-Versicherungsamt behandelte Fall lehrt. Ein Arbeiter in einer Maschinenfabrik hatte sich 1887 beim Heben schwerer Stücke einen Bruch zugezogen. Der Rekonvaleszenz-Arzt erklärte den Bruch für unbedeutend und verschrieb ein Verband, der Beschädigte fühlte sich auch beim Tragen des Bandes in seiner Arbeit nicht gehindert und forderte

deshalb keine Unfallentschädigung. Wie ein Meister aus der Fabrik später bekundet hat, kommen solche Bruchschäden dort oft vor und werden von niemand, auch von der Verwaltung nicht, als Betriebsunfälle betrachtet, demgemäß auch nicht angemeldet.

Im Jahre 1891 trat — wieder infolge schwerer Anstrengung — eine plötzliche Verschlimmerung des Leidens ein, so daß sich nach kurzem eine völlige Unfähigkeit zur Verrichtung schwerer Arbeiten ausgebildet hatte. Als der Arbeiter nun Unfallrente forderte, wies ihn das Schiedsgericht wegen Verjährung ab, weil der Anspruch nicht innerhalb zwei Jahren angemeldet worden wäre. Nun bestimmt aber § 59 Absatz 2 des Unfallversicherungs-Gesetzes, daß auch nach Ablauf der Frist die Anmeldung zulässig ist, wenn die Folgen des Unfalls erst später bemerkbar geworden sind, und weil dieser Fall hier recht eigentlich vorzuliegen schien, erhob der Beschädigte den Rekurs. Das Reichs-Versicherungsamt hat ihn indessen abgewiesen mit folgender Begründung: Nach der regelmäßigen Auffassung des R.V.G. sei jeder Bruchschaden, auch der geringfügigste, ein Unfall, der die Erwerbsfähigkeit beschränke, also seien die Folgen des Unfalls schon 1887 demerkbar gewesen, mithin Verjährung eingetreten.

Die Folgerung aus dieser Entscheidung für die Praxis ist, daß der Beschädigte im Jahre 1887 schon einen Anspruch gegen die Versicherungsanstalt hätte erheben müssen, obgleich er keinen Besatz, denn Meute konnte er nicht verlangen, wenn er inhaltlich soviel verdient, wie früher, und die Kosten des Bruchbandes hatte auch nicht er, sondern die Krankenkasse gezahlt, so daß er nicht einmal diese beanspruchen konnte. Er hätte also klagen müssen mit der Aussicht, sich abweisen zu lassen, nur um feststellen zu lassen, daß er einen Betriebsunfall erlitten habe, und es wäre noch nicht einmal sicher, ob er auch nur dies Resultat erreicht haben würde. Möglicherweise hätte nämlich das Schiedsgericht, weil ja doch kein Anspruch auf Meute oder dergleichen vorläge, die Prüfung der Frage nach dem Vorliegen eines Betriebsunfalls übersehen. Das Ganze zeigt, welche Mängel und Leiden das Unfallversicherungs-Gesetz aufweist.

Für den Arbeiter ist es leicht, die Folgerung zu ziehen, daß Beschädigte und Zurückhaltung mit Ansprüchen den Versicherungsanstalten gegenüber nicht am Platze sind. Man verdient sich keinen Dank damit, sondern schafft der Versicherungsanstalt nur einen Verjährungseinwand.

Zum Wohnungsseind in Hamburg schreibt das „Hamburger Echo“: „Die Seuche hat auf diesem Gebiete Zustände ans Licht der weiteren Öffentlichkeit gefördert, die eine Schande für das auf seinen Reichtum so stolze Hamburg und geradezu grauenerregend sind. Hinter der glänzenden Aulenseite, die Hamburg dem Fremden zeigt, zumal seit unsere berühmten Freizeitanthanten volucent sind, birgt sich eine solche Ansammlung des Elends, daß alle Feue, die dieses Elend mit eigenen Augen gesehen haben, ein Schauer packt. Inmitten der bevölkerten, belebtesten Stadtviertel, deren glänzende Eiden am Abend im hellen Lichterglanz erstrahlen, verborgen sich hinter den prächtigen Vorderfronten wahre Festhöhlen, in denen zu leben man keinem Thiere, viel weniger einem Menschen zumuthen möchte. Der kapitalistische Glanz des stolzen Handelsemporiums hat sich unter den Lichtblitzen, welche die Cholera so plöblich erzeugt hat, als eine elende Hültervergoldung herausgestellt. Was nützt es, daß eine kleine Kinderheit Bevorgänger sich immer tiefer in den goldenen Schätzen vergraben, blendenden Luxus an sich verbreiten lassen, wenn tief unten in der Masse des Volkes ein namenloses Elend gährt, das das menschliche Gefühl der Betroffenen schon so weit ertrötet hat, daß sie sich mit ihrer Noth nicht mehr hervorwagen vor der Menschen Angesicht und sich in ihre dumpfen Winkel verziehen, um dort elend zu sterben und zu verderben. In unendlich ist die Zahl der Einzelfälle des grenzenlosesten Elends, um sie auch nur alle registriren zu können. Gätten wir sie in gewöhnlichen Zeiten aus Tageslicht gezogen, keiner unserer Beschäftigten würde sie für möglich gehalten haben; man hätte uns nur der „Verhegung“ und „Kuregung“ angeklagt. Größere durch die Seuche und die infolge derselben als unbestreitbar festgestellten Thatsachen giebt selbst unsere bürgerliche Presse sich Mühe, den Dingen etwas genauer ins Gesicht zu sehen. Der mit furchtbarem Eifer andringenden Wahrheit kann man sich eben nicht entziehen. ... Ist schon im Allgemeinen das Resultat bürgerlicher Bekämpfung des Wohnungselendes ein äußerst Mägliches, so fehlt es hier in Hamburg so in jedem Versuch auf diesem Gebiete. Einige erst in neuerer Zeit gemachte Anläufe scheitern auch völlig im Sande zu verlaufen. Daß dem so ist, ist leicht erklärlich, denn nicht umsonst in Hamburg das Vorado der Grundeigentümer. Diese haben die Rinne der Gesetzgebung fast in Händen und mit einer eisernen Konsequenz, wie sie dort nur bei Verfolgung materieller eigener Interessen zu finden ist, hindern sie alles, was ihrem Wohl spendenden Grundeigentums-Privilegium gefährlich werden könnte. „Heilig ist das Eigenthum“: Und dreimal heilig ist ihnen das dem Eigenthum und in besonderen dem Grundeigentum anhaftende Ausbeutungsrecht, das die schlimmsten Höhlen des Elends noch zu einer Goldquelle zu gestalten vermag, indem es die Kersten der Armen bis aufs Blut anspricht und ihnen in Verfolgung dieses „Rechts“ selbst das Letzte und Wertvollste raubt, obwohl es dem, der es nimmt, absolut keinen Nutzen bringt oder einen äußerst minimalen, während der Verlust für den Armen ein unersetzlicher ist. Kaum irgendwo sonst hat sich die Verwahrung des Elends durch das Grundeigentums-Privilegium in so schandbarer Weise entwickelt, wie in Hamburg. Nirgend hat der Staat diesem infamen Wucher in solcher Weise Vorhalt geleistet, wie hier, sei ohl dadurch, daß er sich jeden ernsthaften Eingriff in die „Freiheit“ der Grundbesitzer enthielt, als durch Vernachlässigung seiner Pflicht, energisch Vorgehen zu treffen für die Beschaffung anderer Wohnungen, wo er zwangsmässige Kaufende von Bewohnern aus ihren alten Heimstätten vertrieb, um an deren Stelle für unsere königlichen Kaufleute stolze Paläste zu errichten, in denen sie ihre Vahren bequem aufspeichern können. Die schmachliche Verwahrung bestimmter Bevölkerungsklassen, bestimmter Besitzkategorien in unserer Patrizierrepublik, das Grundeigentümer-Regiment Hamburgs, hat jene schandhaften Zustände auf dem Gebiete des Wohnungswesens auf dem Gewissen. Das Grundeigentum ist bisher in Hamburg ein wahres Vlamlein Nährmichthian gewesen. Selbst wenn der Senat den Versuch hätte wagen wollen, von unserer Grundeigentümer-Gesetzgebung eine Einschränkung des Ausbeutungsrechts des Grundbesitzes zu erlangen, bei dem starken Interessesgegenfah, auf den er in der Bürgerschaft gestossen sein würde, wäre es ihm nicht gelungen. Könnte man es ihm darum verargen, wenn er nicht Gelege vorschlug, die ihm unsere Grundeigentümer nicht bewilligt hätten, selbst wenn nicht das Herz unserer Senatoren, die wohl ziemlich andachtslos selbst Grundeigentümer sind, sehr warm für die Interessen ihrer Besitzgenossen schlug? Aber die übertrieben einseitige Vertretung bestimmter Klasseninteressen, wie sie unsere Hamburger Verfassung den Grundeigentümern im Besonderen sichert, muß sich mit Nothwendigkeit zu einer solchen Schärfe entwickeln — ihre eigene Natur treibt sie dazu — die Selbstsucht spielt sich in einem Grade zur Hintertreibung aller gegenwärtigen Interessen und Bedürfnisse zu, daß sie plöblich an der Wurze dieses Entwicklungsganges steht und sich selbst ihr Jena bereitet. Ein solches Jena ist für unser Patrizierregiment im allgemeinen und für unsere Hamburgische Grundeigentümer-Werthschaft in besonderen die Cholera mit der in ihrem Gefolge plöblich über viele bisher Ungläubige gekommenen Erkenntnis der elenden Mißwirtschaft, die auf vielen Gebieten geübt wird. Nur energisches Aufstossen kann hier retten, indem man kurz und bündig den ganzen Ballast mittelalterlicher in die moderne Zeit nicht mehr hineinpassender Klassen- und Klassen-Privilegien über

Wort wirft. So lange diese bestehen, werden deren Interessen die entscheidenden bleiben und wir zu einer Befundung der Verhältnisse auch auf dem Felde des Wohnungswesens nicht kommen.“

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dafür abzugeben ist, dem Publikum zur Verfügung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie macht sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt derselben identifizirt zu werden.

An die Mitglieder und Interessenten der „Freien Volksbühne“.

Nachdem wir aus der Erklärung des Herrn Türl vom 27. September und aus seinem jüngsten Verhalten überhaupt es sehen haben, daß er die Taktik befolgt, Thatsachen, die wir als solche durch Zeugen und Urkunden feststellen können, raubweg zu bestreiten oder zu verdrehen, und überdies kein Bedenken trägt, auf unsere sachlichen Ausführungen mit Verdächtigungen größter Art zu antworten, ohne auch nur die Spur eines Beweises beizubringen, — brechen wir die Pressebühne mit ihr einfach ab. Die Mitglieder und Interessenten unseres Vereins aber verweisen wir zur Orientierung über den Konflikt auf das Flugblatt, welches nach dem Beschluß der Sitzung sämtlicher Delegirten der Freien Volksbühne von den Herren Bölsche, Julius Hart und Zigler redigirt und an alle Mitglieder versandt worden ist, sowie auf die außerordentliche Generalversammlung am Dienstag, den 4. Oktober in Sanssouci (Kottbuscherstr. 4a).

Wir schließen mit folgenden Mittheilungen: Der Vorstand beschloß (mit unseren Stimmen gegen die Stimme Türl's, der übrigens seine Theilnahme an Vorstandsthätigkeiten in letzter Zeit verweigert hat), Herrn Dr. Blumenthal (Bessingtheater) zur Vorfierung einer Anzahl von Vorstellungen bis zur Höhe von 15 zu veranlassen, jedoch ohne daß unser Verein verpflichtet ist, mehr Vorstellungen zu übernehmen als seine Verhältnisse (insbesondere die Finanzen) gestatten. Die übrigen Vorstellungen werden im Nationaltheater stattfinden, und zwar unter Leitung des Herrn Emil Bessing, eines Regisseurs ersten Ranges. Die hierfür thätigen Schauspieler sollen keineswegs nur dem Personal des Nationaltheaters entnommen werden, vielmehr wird Herr Bessing sich bemühen, möglichst gute Kräfte für unsere Vorstellungen auch anderwärts zu finden, — was ihm höchst wahrscheinlich auch gelingen wird, da bei unserer Vereinbarung mit dem Lessingtheater die Vorstellungen im Nationaltheater eine gesunde pelantäre Grundlage haben. Die Oktobervorstellung (für die erste Abtheilung am 10., für die zweite am 23.) wird im Lessingtheater stattfinden und „Sodoms Erste“ von Hermann Sudermann oder „Nathan den Weisen“ von G. Ephr. Lessing zum Gegenstand haben. Für den November soll Gerhart Hauptmann's Drama „Die Weber“ im Nationaltheater vorbereitet werden. Hoffentlich werden diese provisorischen Abmachungen nicht dadurch vereitelt werden, daß die Generalversammlung die „Freie Volksbühne“ in ihrer bisherigen Konstitution vernichtet.

Dr. Bruno Wille, Bernhard Kampffmeyer, Vorsitzender, Schriftführer.

An die Mitglieder der Freien Volksbühne!

In einer geradezu nassen Weise wird den 21 Unterzeichnern des im Sprechsaal des „Vorwärts“ vom 23. September veröffentlichten Aufrufs in einem Flugblatt, welches in einer formidablen Sitzung des Vorstandes, des Ausschusses und der Ordner zu verbreiten beschlossen wurde, der Vorwurf gemacht, daß sich Herr Türl an sie herangebrängt, daß er den Aufruf selbst verfaßt und dadurch eigentlich erst den Zwiespalt heraufbeschworen habe.

Wer den Aufruf verfaßt hat, ist ganz gleichgiltig, die Hauptsache bleibt, daß die 21 denselben unterzeichnet und damit die Verantwortung dafür übernommen haben.

Es handelte sich für dieselben keineswegs darum, die schon bestehenden Forderungen zu vergrößern, sondern dieselben im Interesse des Vereins auszugleichen und zu beseitigen. Wir hätten uns nun ebenfalls mit einem Flugblatt an die Mitglieder wenden können, zogen es jedoch vor, korrekt vorzugehen und die Einberufung einer Generalversammlung zu verlangen. Dieselbe ist ja inzwischen auch vom Vorstand als zweckmäßig anerkannt worden; befremden muß es aber nun, daß der Vorstand bei Aufstellung der Tagesordnung nicht nur die Wünsche der Unterzeichner des Aufrufs, sondern auch die der weiteren 500 Unterzeichner des Aufrufs, der ja die Tagesordnung in sich schloß, vollständig ignorierte. — Denn nicht nur für Herrn Türl allein soll die Generalversammlung Tribunal sein, wie es die Herren Wille und Kampffmeyer anzunehmen scheinen und wie es das erschiene Flugblatt bestätigt, sondern für den gesammten Vorstand.

Ferner vermiffen wir auf der Tagesordnung einen Punkt, bei welchem ein, dem Vorstand eingesendeter wichtiger Antrag auf Statutenänderung zur Verhandlung gelangen könnte. Oder beschließt der Vorstand dies unter „Verjährungs“ zu thun? Auch soll die Generalversammlung dazu dienen, die gesammte Thätigkeit des alten Vorstandes einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen.

In dem Zwecke ist ein zahlreicher Besuch der heute Abend in Sanssouci, Kottbuscherstr. 4a, stattfindenden Generalversammlung unumgänglich nöthig und hoffen wir, daß sich die Mitglieder durch die in dem verbreiteten Flugblatt enthaltene Darlegung nicht beirren lassen, sondern unparteiisch prüfen und ihre Entscheidung treffen werden.

Im Auftrage von siebzehn Unterzeichnern des Aufrufs:*)

Paul Dupont, Solmsstr. 33 II.

(Nachdem beiden Theilen der „Vorwärts“ ausgiebigst zur Verfügung gestellt worden ist, schließen wir die Diskussion, Redaktion des „Vorwärts“.)

Briefkasten der Redaktion.

Alwin Körsten. Sie haben Recht; es war ein Versehen unsererseits. Heinrich Deime ist nicht auf dem Pöte Lachaise sondern auf dem Montmartre begraben.

H. T., Abpmit. Im Jahre 1877 den Abgeordneten J. W. Freische im IV. Wahlkreis.

Paul Höpfer, Regobold. Wir bitten in der bewussten Angelegenheit um Ihren Besuch (7-8 Uhr Abends).

G. V. Wenn wir nicht irren, der Leipziger „Wähler“. Bestellen Sie denselben bei der Post. Er ist unter Nr. 6670 des Post-Zeitungskatalogs eingetragen.

Die Adresse des Turnvereins Richte in Berlin, an welchen alle den Turnbund betreffenden Anfragen an herkömmlichen Turngenossen zu richten sind, ist: Franz Gens, Berlin, Trebbowstr. 20a.

P. W. 100. Sie sind im Irthum. Die gesetzliche verjährungslöse Frist kann jederzeit, nicht bloß am Lohnzahlungstage erfolgen.

*) Die Zustimmung der übrigen vier konnte der kurzen Zeit halber nicht mehr eingeholt werden. D. C.